

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 9. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum:	19. März 2025
Sitzungsort:	Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer:	18.00 – 21.50 Uhr

Präsenz		
Einwohnerrat:	Vorsitz	Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat:	Franz Vogt, Präsident Andreas Bammatter Biljana Grasarevic Philippe Hofmann Christoph Morat Silvia Stucki Robert Vogt
--------------	---

Gemeindeverwaltung:	Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung Rudolf Spinnler, Jurist
---------------------	--

Anwesend:	Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söllick, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf
-----------	---

Entschuldigt:	Flavio Fehr, Anne-Sophie Metz, Anja Oser
---------------	--

2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 35 Anwesende = 24 18.05 Uhr 36 Anwesende = 24 18.35 Uhr 37 Anwesende = 25
---------------	---

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderats vom 16.10.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt mit Mitbericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 18.2.2025, betreffend **Sondervorlage bezüglich Kredit für die Planungsvorbereitungen zur Umsetzung der langfristigen Schulraumplanung sowie Beantwortung Motion betreffend 4 Primarschulstandorte für Allschwil, Beantwortung Motion betreffend Variantenentscheid Schulraumplanung, Beantwortung Motion betreffend Bericht Finanzierbarkeit Viererstandortlösung Schulraumplanung (SRP) und Beantwortung Postulat betreffend Provisorischer Schulraum für die Primarstufe Allschwil**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt
Geschäft 4720 / A
Geschäft 4693A / B
Geschäft 4694A / B
Geschäft 4710A / B
Geschäft 4700A / B
2. Bericht des Gemeinderats vom 16.10.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 18.2.2025, betreffend **Beantwortung Motion betreffend Strategie Schulraumentwicklung Zeithorizont 10 Jahre**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt
Geschäft 4542B / C
3. Bericht des Gemeinderates vom 12.2.2025, betreffend **Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung der Motion von Matthias Häuptli, GLP und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, 1. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4181C
Geschäft 4678 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 18.12.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 18.2.2025, betreffend **Erstellung einer Fotovoltaik-Anlage für das Freizeithaus Allschwil, sowie Beantwortung des Postulats betreffend Jugend aufs Dach! - Jugendsolarprojekt auf dem Freizeithaus**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4599D / E
Geschäft 4569E / F
5. Zwischenbericht zur Motion von Urs Poživil, FDP-Fraktion, Henry Vogt, SVP-Fraktion, Pascale Uccella, AVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 24.4.2024, betreffend **Totalrevision Gemeindeordnung**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt
Geschäft 4728 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 8 vom 19. März 2025

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung und möchte euch alle bitten, so weit nicht bereits erfolgt, Platz zu nehmen, damit wir beginnen können. Ich begrüsse selbstverständlich alle Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich möchte auch den Gemeinderat begrüssen, der heute vollständig anwesend ist. Begrüssen möchte ich selbstverständlich auch die Vertreter der Medien und das Publikum. Ich habe es schon ein paarmal gesagt, ich habe immer wieder Freude, wenn Interesse an unserer Sitzung gezeigt wird, also: herzlich willkommen – und dem Publikum viel Spass beim heutigen Abend.

Für heute hat sich Anja Oser, sie hatte einen Snowboard-Unfall, und wir wünschen ihr aus dem Büro gute Besserung. Entschuldigt haben sich auch Flavio Fehr und Anne-Sophie Metz. Gibt es noch weitere Entschuldigungen, die bislang nicht bis zu mir gedrungen sind? Ja, Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich wollte sagen, Astrid Kaiser und Simon Trinkler sind verspätet.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dazu wäre ich eben gekommen. Bis jetzt hatte ich noch keine Meldung, aber verspätet werden sich offenbar Astrid Kaiser und Simon Trinkler. Ich möchte Ruedi Spinnler bitten, die Präsenzkontrolle jetzt durchzuführen. – Danke vielmals, Ruedi Spinnler, für die Präsenzkontrolle.

Ich komme zu den Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten. Wie üblich, nach der Sitzung bitte den Saal möglichst unverzüglich verlassen, damit er geräumt werden kann. Man kann draussen im Foyer selbstverständlich weiterhin diskutieren. Dies gilt heute im besonderen Mass, weil wir heute je nachdem etwas länger Zeit benötigen. Damit möchte ich auch noch zur nächsten Mitteilung kommen. Wir haben heute prinzipiell keine allzu lange Traktandenliste, dafür zwei Traktanden, die wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden und für die auch sehr viel Diskussionsbedarf besteht. Es soll selbstverständlich jeder zu Worte kommen und das sagen dürfen, was er gerne möchte. Ich will trotzdem vielleicht ans Herz legen, auch wenn ich es nicht bestimmen kann, aber ans Herz legen kann, dass man sich einigermaßen kurzfasst und seine Voten in gedrängter Form präsentiert.

Wir kommen zu den **dringlichen Interpellationen** und **dringlichen Postulaten und Motionen**. Es sind bei mir **keine** eingegangen. Es liegt jedenfalls nichts auf dem Tisch. Wir haben dafür einen Vorstoss, der heute eingegangen ist. Das ist das

- Einwohnerratsgeschäft Nr. **4780**, Interpellation von Noëmi Feitsma der SP-Fraktion vom 19. März 25, betreffend **Fixierter Nachmittagsunterricht in der Primarschule**.

Ich frage Noëmi Feitsma an, ob sie gleich etwas dazu erwähnen möchte. Das ist nicht der Fall. Somit wird diese Interpellation an einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Wir kommen zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Es ist die Liste, die ihr alle erhalten habt. Ich stelle fest, dass sie auch allen rechtzeitig zugestellt wurde. Christian Jucker, hast du eine Wortmeldung? Pardon?

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Erst nachher zur Sequenz der Traktanden, sorry!

Stephan Wolf, Präsident: Gut, kein Problem. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zu dieser Traktandenliste gibt, wiederum auch mit dem Hinweis, dass man Änderungen der Reihenfolge oder Streichung von einzelnen Traktanden beantragen kann, aber dass man keine zusätzlichen Traktanden setzen kann. So steht es in § 68 des Geschäftsreglements. Nun, Christian Jucker war zuerst und danach werde ich auch dir, Niklaus Morat, das Wort erteilen. Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Nach kurzer Diskussion mit dem Freizeithaus hat es sich gezeigt, dass, wenn wir das **Traktandum Fotovoltaik-Anlage und Solar aufs Dach** heute nicht besprechen könnten, man die Ausführung eigentlich ein ganzes Jahr hinausschieben müsste. Deshalb lautet mein **Antrag**, dass man es als **erstes Traktandum** behandelt. Ich glaube, es sollte relativ schnell durch sein, einfach nur, damit es nicht zwischen Stuhl und Bank fällt und wir das Projekt, falls wir es annehmen, nicht ein ganzes Jahr hinausschieben müssten. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, ich werde diesen Antrag nachher zur Abstimmung bringen. Niklaus Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir **beantragen** die **Streichung des Traktandums 3**, mit der Begründung, dass es nie in eine Kommission kam und insbesondere geht es um den § 4, der geändert werden soll. Dies hat überhaupt nichts mit dem Vorstoss zu tun, weswegen überhaupt eine Teilrevision stattfindet. Deshalb möchten wir gerne, dass es zuerst in eine Kommission geht. Vielen Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich weiss nicht, ob es opportun ist, bereits an dieser Stelle dazu zu sprechen, aber es hat sehr wohl etwas damit zu tun. Es ist sogar ein immanenter Teil. Ich habe gehört, dass es in Kritik steht. Entsprechend habe ich mich zur Erklärung darauf vorbereitet. Es ist nicht so, dass es nicht im Zusammenhang steht, sondern es ist tatsächlich so. Ich würde daher sehr beliebt machen, dass es, so wie es vorliegt, besprochen wird.

Stephan Wolf, Präsident: Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte eigentlich darauf aufmerksam machen: Wenn man dieses Geschäft an die Kommission überweisen möchte, darf man das Traktandum nicht absetzen, sondern man muss unter diesem Traktandum beantragen, dass man es überweist. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön, Matthias Häuptli. Niklaus Morat, möchtest du nach dem Votum von Matthias Häuptli an deinem Antrag festhalten?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Nein, in diesem Fall werde ich mich an dieser Stelle wieder melden und möchte, dass es an die Kommission überwiesen wird. Dann können wir es stehen lassen.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Danke vielmals. Somit haben wir nur einen Traktandums-Änderungsantrag. Nämlich von Christian Jucker, dass wir das **Traktandum 4 als Traktandum 1 nehmen** und die anderen dann jeweils um eine Nummer verschieben. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die blaue oder gelbe Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte die Karte jetzt erheben ... – gut, Gegenmehr - wer also dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals, relativ schnell ausgezählt. Enthaltungen? Ich kann feststellen ... – oder ja, Stimmzähler, bitte bringt das Ergebnis nach vorn. Machen wir es doch formell korrekt!

://:

Sie haben diesem **Antrag zugestimmt**, mit 35 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Somit verschieben wir die Traktandenliste entsprechend, und ich sortiere sogleich auch meine Unterlagen noch entsprechend, und dann gehen wir direkt zu Traktandum 1, ehemals 4.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 18.12.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 18.2.2025, betreffend Erstellung einer Fotovoltaik-Anlage für das Freizeithaus Allschwil, sowie Beantwortung des Postulats betreffend Jugend aufs Dach! – Jugendsolarprojekt auf dem Freizeithaus
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4599D / E / Geschäft 4569E / F

Stephan Wolf, Präsident: Ich stelle zuerst die Frage: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit muss ich auch nicht formell darüber abstimmen. Die Rednerreihenfolge ist gemäss § 75 des Geschäftsreglements die Folgende: Zuerst wird KBU-Präsident, Matthias Häuptli, das Wort erhalten, anschliessend Gemeinderat Christoph Morat, danach die Vertreter der Fraktionen und dann die allgemeine Rednerliste aus dem Einwohnerrat. In diesem Sinn möchte ich das Wort gerne an Matthias Häuptli erteilen.

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das vorliegende Geschäft basiert auf dem Postulat *Jugend aufs Dach – Jugendsolarprojekt auf dem Freizeithaus*, welches am 8. September 2021 überwiesen wurde. Das, was uns jetzt vorliegt, ist eine Erhöhung des ursprünglichen Verpflichtungskredits von 339'600 Franken, welcher für die Realisierung dieser Fotovoltaik-Anlage gesprochen wurde. Heute geht es darum, Zusatzkosten zu bewilligen, die aus der Umsetzung dieses Postulats folgen. Die Kommission stellte fest, dass das uns vorliegende Projekt vorsieht, dass Schulklassen der 6. Primarschule, insgesamt sechs Schulklassen mit 120 Schülerinnen und Schülern, in den Bau sprich Montage dieser Fotovoltaik-Anlage einbezogen werden - mit einem umgebenden, didaktischen Programm, wodurch sie an das Thema herangeführt werden.

Die Kommission stellt fest, dass das Anliegen des Postulats, die Jugendlichen dafür zu sensibilisieren, mit diesem vorliegenden Projekt erfüllt wird. Man hat dann festgestellt, dass es nicht ganz so umgesetzt wird, wie man es sich offenbar teilweise vorgestellt hatte. Dass es sogar noch günstiger käme, ist nicht der Fall, es gibt einen Zusatzkredit. Die Kommission findet doch, dass die Mehrkosten von ungefähr 10 % des ursprünglichen Kredits im Hinblick auf die beabsichtigte Breitenwirkung gerechtfertigt sind und beantragt Ihnen einstimmig, dass man diesen Zusatzkredit gemäss den Anträgen des Gemeinderats genehmigt. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Dann hat Gemeinderat Christoph Morat das Wort.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die KBU hat richtig erkannt, dass das Anliegen, dass man etwas einsparen könnte, nicht erfüllt werden kann. Wahrscheinlich gingen die Postulanten damals davon aus, dass es eine Art Make statt Buy ist, also dass man etwas selbst macht und dafür die Leistungen nicht einkaufen muss. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben sich mehrfach und immer im Wechsel mit dem Einwohnerrat mit der Materie befasst, und wir können folgendes Fazit ziehen: Es ist eben kein Make statt Buy-Projekt, es ist eine Dienstleistung eines spezialisierten Unternehmens für die Begleitung des Projekts *Jugend aufs Dach!* und es kostet was.

Die Beauftragung ist aus mehreren Gründen sinnvoll.

1. Jugendliche in der 6. Primar werden mit der Thematik Energieerzeugung bekannt gemacht.
2. Die Jugendlichen lernen Gewerbe und Handwerk als Alternative zu einem schulischen Weg kennen.
3. Die Jugendlichen erfahren, was die eigene Schaffenskraft alles erwirken kann. Es ist doch etwas Erbauendes, wenn man etwas für die Gemeinschaft, für die Gemeinde, für den Begegnungsort beim Jugendhaus tun kann.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen des Gemeinderats, den Anträgen auf Seite 6 des Papiers zu folgen. Herzlichen Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Wir kommen nun zuerst zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern und anschliessend zur allgemeinen Rednerliste. In diesem Sinne möchte ich den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich spreche als Postulantin. Ich denke, dass ich deshalb das Recht habe, zuerst zu sprechen, aber auch noch für die Fraktion EVP/GLP/Grüne. Ich halte mich kurz. Ich möchte zuerst der KBU danken, dass sie insistiert hat, damit das Projekt nun stattfinden kann. Vielen Dank dafür. Ich möchte auch dem Gemeinderat danken, dass er sich bereit erklärt hat, es durchzuführen. Ebenfalls danke ich dem Freizeithaus, welches nebst seinem täglichen Geschäft auch dies noch durchführt; ich weiss, es ist nicht einfach für sie, ich stand viel mit ihnen in Kontakt. Ich denke, es ist eine wundervolle Erfahrung. Wer weiss, vielleicht lässt sich ja gleich schon jemand inspirieren und ergreift später einen Beruf, der damit was zu tun hat. Ich möchte mich auch meinen Vorrednern, Matthias Häuptli und auch Gemeinderat Christoph Morat, anschliessen, all das hätte ich auch erwähnt. Ich denke, es ist wertvoll, es ist eine wertvolle Erfahrung für die Jugendlichen, wenn sie an ihrem Jugendhaus etwas selbst gebaut haben.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthieu Dobler Paganoni!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Präsident. Die Zukunft gehört aus Sicht der SP den erneuerbaren Energien, und sie gehört auch unserer Jugend. Die SP-Fraktion ist ebenfalls klar dafür, dass die Anträge der KBU angenommen werden und die Durchführung dieses Jugendsolarprojekts mit dem Bildungsanbieter *Youth on the roof* ermöglicht wird. Aus Sicht der SP ermöglicht dieses Projekt, Klimaschutz und Bildung miteinander zu verbinden. Und es bietet den Schülerinnen und Schülern die Chance, sich erlebnispädagogisch, praxisnah und partizipativ mit dem Thema *erneuerbare Energie Fotovoltaik* auseinanderzusetzen. Wir glauben auch, dass, wenn junge Menschen selbst anpacken, das Gelernte nicht nur Theorie bleibt, sondern greifbar verständlich wird. Eigene Erfahrungen hinterlassen auf diese Weise einen viel stärkeren Eindruck, als wenn man nur zuhört. Wer selbst eine Solaranlage mitbauen kann, versteht nicht nur die Technik besser, sondern entwickelt bestenfalls auch vermehrtes Bewusstsein für erneuerbare Energien und deren Bedeutung für die Zukunft.

Zudem sehen wir es auch generell als attraktives Angebot für die Schule in Allschwil, die ihre sonstigen Unterrichtsangebote projektbasiert ergänzen kann. Es gibt gewisse Mehrkosten. Dies sind aber aus unserer Sicht vertretbare Investitionen in unsere Zukunft. Daher unterstützen wir dieses Projekt, diesen Antrag sehr gerne, als ein Beispiel, das zeigt, wie Allschwil mit gutem Beispiel vorangehen könnte, nämlich klimafreundlich und innovativ. Merci.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ja, ein wenig schwierig, dieses ganze Thema. In erster Linie will ich doch betonen, dass wir von der SVP bestimmt nicht gegen Solaranlagen sind, nichts gegen Fotovoltaik-Anlagen haben, wir aber doch mal die Reichweite betrachten, die nun jetzt vorliegt. Wenn man die Sicherheitsvorschriften der Suva betreffend auf ein Dach steigen betrachtet und zuschaut, wie Firmen, die solche Fotovoltaik-Anlagen installieren, aufs Dach steigen, Unternehmen, wie ich z. B. eines habe, nur unter Begleitung aufs Dach gehen dürfen mit der kompletten Schutzausrüstung, mit Schulungen, die wir durchlaufen müssen, usw., und wir nun Kinder aufs Dach lassen und dort irgendwelchen Arbeiten wahrscheinlich zuschauen lassen, wie sie die Anlage montieren ... – ich weiss nicht, ob das wirklich der richtige Weg ist. Fotovoltaik kann man auch in ganz

anderen Situationen aufzeigen. Daneben dürfen wir auch nicht vergessen, dass unsere Jugendlichen unterdessen mit der Fotovoltaik aufwachsen. Sie haben sogar Solarzellen, mit denen sie ihre Handys aufladen können. Insofern ist es immer noch absolut überrissen, dass man Jugendliche auf die Dächer schicken will. Das ist das eine.

Das andere ist ganz klar: Als das Postulat hier aufkam, wurde uns versprochen, dass es günstiger wird, wenn wir dieses Projekt machen, die Jugendlichen könnten ja mithelfen usw., es wird ja günstiger. Jetzt sehen wir, wie viel günstiger es wird! Es ist doch einiges mehr als günstiger, was uns hier vorgeschlagen wird. Deshalb werden wir von der SVP die Anträge so weit nicht genehmigen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can. Ich frage den Rat an, ob gestützt auf § 77 des Geschäftsreglements eine artikel- und abschnittsweise Beratung dieses Berichts gewünscht wird. Das ist offenkundig nicht der Fall. Ich stelle fest, dass gemäss § 80 des Geschäftsreglements die **Beratung** über das **Geschäft 4599 D/F** und **4569 E/F abgeschlossen** ist.

Somit kommen wir zu den Anträgen und auch zur **Abstimmung** über diese Anträge.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Bauwesen und Umwelt zu beschliessen:

1. *Der Einwohnerrat genehmigt die Aufhebung des Verpflichtungskredites vom 27. Februar 2024 und genehmigt anstelle dessen den Verpflichtungskredit von 375'000 Franken inkl. MWST für den Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf dem Freizeithaus Allschwil und die Durchführung eines Jugendsolarprojektes mit dem Bildungsanbieter Youth on the roof.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Karte erheben. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Und noch die Enthaltungen bitte! Danke vielmals. Ich bitte die Stimmzähler, mir das Ergebnis nach vorn zu bringen. Das Abstimmungsergebnis liegt vor.

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 28 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **zugestimmt**.

Wir kommen zum zweiten Antrag:

2. *Die Kostengenauigkeit von +/- 15 % wird zur Kenntnis genommen.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte die Karte erheben. Danke vielmals. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Noch die Enthaltungen, bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler wiederum bitten, mir das Ergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 30 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung **zugestimmt**.

Schliesslich kommen wir noch zum dritten Antrag.

3. *Das Postulat, Geschäft 4569, Jugend aufs Dach! – Jugendsolarprojekt auf dem Freizeithaus, wird als erledigt abgeschrieben.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler wiederum bitten, mir das Ergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben diesem **Antrag** ebenfalls **zugestimmt**, mit 33 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Wir kommen noch zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes im Sinn von § 24 des Geschäftsreglements. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte die Karte jetzt erheben. Danke vielmals. Wer es nicht abschliessen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Und schliesslich noch die Enthaltungen, bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler wiederum bitten, mir das Ergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben das **Geschäft als Ganzes abgeschlossen**, mit 32 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und 4 Enthaltungen.

Stephan Wolf, Präsident: Wir kommen zu Traktandum 2, welches ehemals Traktandum 1 war.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 16.10.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt mit Mitbericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 18.2.2025, betreffend Sondervorlage bezüglich Kredit für die Planungsvorbereitungen zur Umsetzung der langfristigen Schulraumplanung sowie Beantwortung Motion betreffend 4 Primarschulstandorte für Allschwil, Beantwortung Motion betreffend Variantenentscheid Schulraumplanung, Beantwortung Motion betreffend Bericht Finanzierbarkeit Viererstandortlösung Schulraumplanung (SRP) und Beantwortung Postulat betreffend Provisorischer Schulraum für die Primarstufe Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt,
Geschäft 4720 / 4720A / Geschäft 4693A/B / Geschäft 4694A/B /
Geschäft 4710A/B / Geschäft 4700A/B

Stephan Wolf, Präsident: Ich stelle zuerst die übliche Frage: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Somit würden wir darauf eintreten. Die Rednerreihenfolge sieht wieder so aus, dass zuerst KBU-Präsident, Matthias Häuptli, erhält, anschliessend werde ich dem FIREKO-Präsidenten das Wort erteilen, dann dem Gemeindepräsidenten Franz Vogt und anschliessend den Fraktionsvertreterinnen und -vertretern, dann die allgemeine Rednerliste. Nun ist es so, dass der Gemeindepräsident Franz Vogt mich angefragt hat, ob er zuerst das Wort haben kann, weil er für uns alle noch ein paar wichtige Informationen hat. Ich frage daher die Kommissionspräsidenten an, ob es in Ordnung ist. Matthias Häuptli, ist das für dich in Ordnung? Zumindest Kopfnicken. Und für Mark Aellen ist es auch in Ordnung. Dann gebe ich das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer. Ich habe an dieser Stelle eine Information für Sie, die wichtig ist, dass ich sie Ihnen vor der Debatte gebe. Das **Jahresergebnis** der Gemeinde Allschwil liegt **im Entwurf** vor. Ich betone: im Entwurf, es ist bis jetzt nicht vom Gemeinderat verabschiedet, die Zahlen aber sind mittlerweile gesichert. Der Abschluss liegt im Gegensatz zum Budget, wie Herr Schwarzenbach in der bz richtig geschrieben hat, welches 5,5 Mio. aufzeigte, liegt der Rechnungsabschluss deutlich im zweistelligen Millionenbereich. Und zwar – ja, im Plus natürlich, nicht im Negativen, danke schön – in der Höhe deutlich im zweistelligen Millionenbereich, die Abweichungen sind hauptsächlich durch Steuererträge von juristischen Personen bedingt. Dies war so nicht vorhersehbar, es war keineswegs vorhersehbar. Auch der Kanton Basel-Landschaft wurde damit überrascht.

Die Steuererträge werden nachhaltig erwartet, also es wird erwartet, dass auch in den nächsten zwei bis drei Jahren Mehrerträge bei den juristischen Personen anfallen werden, aber nicht in diesem

Ausmass. Dies hat natürlich grossen Einfluss auf die Tragbarkeit. Diese wird auf jeden Fall gegeben sein. Wie erwähnt, der Abschluss liegt erst im Entwurf vor. Sie können aber davon ausgehen, dass die **Tragbarkeit** auch im zurückhaltenden Szenario **gegeben** sein wird.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Gemeindepräsident Franz Vogt. Ich gebe das Wort an den Präsidenten der KBU, Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Kredit, der Ihnen vorliegt, ist zwar vom Betrag her mit 650'000 Franken relativ überschaubar, aber es ist ein gewichtiges Geschäft, weil damit die Weichen für die weitere Planung und letztlich Realisierung des notwendigen Schulraums für Allschwil gestellt werden. Die KBU hat sich deshalb an vier Sitzungen intensiv damit beschäftigt. Man hat auch die Schulräte der Primarschule und der Musikschule dazu angehört. An der langen Bearbeitungsdauer und den Anträgen, die von jenen des Gemeinderates abweichen, kann man aber sicher auch sehen, dass sich die Begeisterung über den Bericht des Gemeinderates in gewissen Grenzen hielt. Die KBU stellt Ihnen Anträge, die, wie zuvor erwähnt, abweichen. Man hat die Zweckbestimmung dieses Planungskredits geschärft. Man hat eine gewisse Priorisierung vorgenommen. Die KBU möchte, dass der Neubau eines Schulhauses Bettenacker zielgerichtet und relativ zeitnah angegangen wird, hat dies deshalb auch in den Anträgen entsprechend konkretisiert.

Es geht darum, dass man den notwendigen, zusätzlichen Schulraum für die nächsten Jahre schafft. Es hat daneben eine gewisse Dringlichkeit, dass es wichtig ist, die Dringlichkeit also im zeitlichen Sinne halt auch. Auf der anderen Seite möchte die Kommission, dass man für das Areal Neuallschwil eine umfassendere Auslegeordnung vornimmt, dass man keine Entscheide trifft, die nicht genügend fundiert sind, und man eine längerfristige Perspektive für den Umgang mit diesem grossen Areal hat. Dieses Areal hat ungefähr 17'000 m². Das ist quasi, wenn man nun auf dem Bettenackerareal baut, noch das Areal, worauf man später auch noch etwas bauen können sollte, wenn irgendwelche Bedürfnisse der Gemeinde vorhanden sind. Dies setzt aber voraus, dass man das, was man im jetzigen Schritt macht und plant und realisiert auch mit gewissen Optionen für die Zukunft versieht und mit den Gedanken, wie man es geschickt macht, damit man dann auch noch Möglichkeiten hat, um später etwas zu machen und nicht das ganze Areal quasi verbaut hat.

Die Realisierung, Erweiterung und Sanierung oder Neubau des Schulhauses Neuallschwil ist ebenfalls wichtig, hat aber in zeitlicher Hinsicht nicht ganz diese Dringlichkeit, wie man zusätzlichen Schulraum schafft, was, wie erwähnt, eben auf dem Bettenacker passieren sollte. Mit diesem Vorgehen, dem schrittweisen Vorgehen möchte die Kommission erreichen, dass man nicht alles auf einmal machen muss, nicht alles auf einmal entscheiden muss, aber auch nicht alles auf einmal finanzieren muss. Die Erwartung ist, dass auch die Frage der Finanzierung und der Tragbarkeit im Laufe dieses Prozesses weiterbearbeitet wird, dass ihm Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Erwartung ist eigentlich auch, dass es eben am Schluss nicht in einer Riesenvorlage mündet, in der alles auf einmal beschlossen werden soll, sondern dass die Entscheide in einzelnen Schritten gefällt werden können, bei denen man jedes Mal wieder kritisch hinterfragen kann, ob man eigentlich auf dem richtigen Weg ist.

Weshalb stellen wir diese Anträge? Das ganze Geschäft basiert auf den Ergebnissen der Schulraumplanung Gesamtstrategie 2024 – 37, die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat. Sie wurde bekanntlich im Herbst 23 vorgelegt, hat zu einem Geschäft und einem Antrag an den Einwohnerrat im Rahmen des Budgets 24 geführt, welches der Einwohnerrat abgelehnt hat. Das Motiv war bekanntlich, dass vor allem die Frage von drei oder vier Schulstandorten umstritten war. Die Kommission hat sich dann mit der grundsätzlichen Frage befassen müssen, inwieweit man nun noch auf die Gesamtstrategie abstellen kann, ob man auf einen bestimmten Punkt zurückgehen soll oder ob man alles wieder infrage stellen sollte. Und das will ich jetzt in einzelnen Punkten darstellen.

Ein wichtiges und wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis ist, dass man verarbeitet hat, was der Raumbedarf für die Primarschule sein soll oder ist, in den nächsten Jahren, also konkret bis ins Jahr 2037. Man hat die Demografie betrachtet, man hat dann Schülerzahlen geschätzt und man hat eine strategische Klassenbildung vorgenommen. Man hat sich überlegt, was der Bedarf an schulergänzenden Tagesstrukturen ist, und man hat geschaut, wie man die Schüler auf einzelne Standorte, ob existierende oder potenzielle Schulstandorte verteilen kann. Man hat aufgrund dessen dann die Kostenschätzungen abgeleitet.

Bei diesen Berechnungen – und das ist ein Punkt, der in der Kommission recht viel zu reden gab – hat man zuerst quasi abgefragt, was jeweils der Status bei jedem einzelnen Schulstandort ist. Vonseiten der Schulen wurde dabei thematisiert, und das wurde auch in der Anhörung stark in den Vordergrund

gestellt, dass das Bedürfnis besteht, dass man das Schulhaus Gartenhof entlasten würde. Es sind aktuell 32 oder sogar 33 Klassen untergebracht. Aus Sicht der Schulen ist dieses Schulhaus überfüllt. Man hat quasi Dichtestress, und das Bedürfnis wäre, dass man auf 28 Klassen reduzieren würde. Dieses Anliegen wurde seinerzeit ins Strategiprojekt aufgenommen. Man hat es im Wesentlichen positiv beantwortet seitens des Steuerungsausschusses und der Auftraggeber. Man hat gesagt, man müsse es weiterverfolgen, damit man auf 28 Klassen zurückgehen kann. In der weiteren Planung hat man dann jeweils das Schulhaus Gartenhof mit 32 Klassen eingesetzt.

Diese Erkenntnis stellt natürlich alles, was man danach als Realisierungsmöglichkeiten und Varianten berechnet und kalkuliert hat, in einem gewissen Masse infrage. Dies ist ein Thema, welches die Kommission logischerweise nicht auflösen konnte. Sie ist aber der Meinung, dass man im Rahmen der weiteren Projektierung an diesem Thema dranbleiben und Lösungen finden muss, denn es kann natürlich nicht sein, dass ein Bedürfnis, bei dem man eigentlich sagte, dass es ausgewiesen ist und wir es weiterverfolgen müssen, plötzlich unter den Tisch fällt und nicht mehr beachtet wird. Man muss es irgendwie aufnehmen. Es findet sich nicht explizit in den Anträgen der Kommission. Man wird aber sehen, dass es eigentlich jetzt nicht unbedingt entscheidend ist, weil wir uns nach den Anträgen der KBU nicht darauf festlegen, wie viel Schulraum insgesamt geschaffen wird.

Im Weiteren war der grosse Punkt die Frage nach den drei oder vier Primarschulstandorten. Dazu hat die Kommission festgestellt, dass die Frage der Finanzierbarkeit nach wie vor sehr unsicher ist. Es gibt einfach eine grosse, objektive Ungewissheit. Man hat Grobkostenschätzungen mit einer Unschärfe von +/- 25 %, wenn nicht noch mehr. Man kann momentan keine verlässlichen Aussagen machen. Wir haben zwar die Absicht des Gemeinderats zur Kenntnis genommen, dass man mit einem Holzsystem- oder Modulbau substanzielle Einsparungen erzielen will; ob es so ist, ist unklar. Man hat auch einmal mehr festgestellt, dass die Berechnungen, die in der Strategie 24/37 vorgelegt wurden, teilweise nicht nachvollziehbar sind. Man kann den Unterschied in der Variante Dreier- oder Viererstandortstrategie im Wesentlichen darauf zurückführen, dass man bei drei Standorten auf eine Doppeltturnhalle und eine zusätzliche Aula verzichten kann. Eine Doppeltturnhalle liegt in der Grössenordnung von 10 bis 12 Mio. Franken, eine Aula in der Grössenordnung von 1,5 Mio. Franken. Dies erklärt einen grossen Teil am Delta zwischen den beiden Varianten, nicht alles, aber ein grosser Teil wird dadurch erklärt.

Das Ganze basiert aber auf der Prämisse und auf der Annahme, dass man auch in einem erweiterten Schulhaus Neuallschwil, also bei einem Dreierstandort-Vorgehen, dass man den kompletten Turnunterricht in der bestehenden Turnhalle abwickeln kann und mit der Auslastung absolut an die Grenze geht, aus Sicht der Primarschule sie eigentlich eher überschreitet und man die Schüler dann übermässig viel ins Schwimmen schicken muss, weil die Turnhallen nicht verfügbar sind. Dies einfach am Rande bemerkt. Es ist nicht so, dass man einen riesigen Unterschied in der Kosteneffizienz hat, sondern letztlich kommt der Unterschied davon, dass man eben einen unterschiedlichen Bedarf an Turnhallen hat. Logischerweise, wenn man einen neuen Schulstandort hat, muss man dort auch eine Turnhalle schaffen.

Letztlich stellte man in der Kommission fest, dass die Frage nach drei oder vier Standorten nicht rein objektiv beantwortet werden kann, nicht rein auf der Basis von Zahlen. Es ist der Wunsch nach überschaubaren Primarschulstandorten in den einzelnen Quartieren, der ausschlaggebend dafür war, dass die Strategie auf diese Weise keine Zustimmung im Einwohnerrat fand. Dies ist letztlich ein politischer Entscheid. In der Kommission fand die ursprüngliche Variante mit einem Schulzentrum Neuallschwil für insgesamt 44 Klassen keine Anhänger gefunden. Man war einstimmig dafür, dass die nächsten Planungsschritte auf der Basis von vier Standorten unternommen werden. Man ist überzeugt, dass man sich im Laufe dieses Planungsprozesses weiter entscheiden muss, ob sich die geplanten Bauten vollumfänglich realisieren lassen oder ob man halt auf einzelne Elemente verzichten muss. Dies betrifft namentlich – das ist bestimmt auch etwas, was schmerzt – die Möglichkeit, dass man auf den geplanten Neubau der Musikschule verzichtet, wenn das irgendwie möglich ist, nicht im Sinn von, dass die Kommission jetzt sagt, man soll darauf verzichten. Es ist aber etwas, was man notgedrungen prüfen muss, wenn es die finanzielle Lage nahelegt.

Die Kommission fand, dass man auch eine grundsätzliche Aussage zur Grösse der Schulstandorte machen soll. Der Wunsch ist – es wurde so auch in der Kommission einstimmig gefällt – dass grundsätzlich künftige Schulstandorte nicht grösser sein sollten als für sechs Klassenzüge, also für 24 Klassen ... – für vier Klassenzüge, stimmt, ja, Merci.

Dann die Frage des Neubaus der Musikschule. Dazu hat die Kommission zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat es erneut überprüfen will. Es wurde auch angeführt, es gäbe gewisse Unge-
wissheiten, wenn man allenfalls Provisorien auf dem Bettenacker unterbringen müsste, ob dort dann überhaupt genügend Platz sei. Aus Sicht des Schulrats und der Schulleitung der Musikschule ist der Bedarf an der Musikschule dringend gegeben. Man kann viele Räume nicht gleichzeitig benutzen, weil die Schalldämmung mangelhaft ist, und man hat Raumknappheit, man hat Kellerräume, die feucht sind und nicht nachhaltig saniert werden konnten. Man hat keinen geeigneten Aufführungsort und das Gebäude ist auch nicht erdbebensicher und nicht barrierefrei. Trotzdem sieht die Kommission, wie ich bereits erwähnte, den Verzicht auf den Neubau der Musikschule als mögliche Option. Möglicherweise könnte man sich bei vier Standorten dann keinen Neubau mehr leisten, und die Bedürfnisse der Primarschule hätten Vorrang. Die Kommission ist aber einstimmig dafür, dass man die Option eines Neubaus der Musikschule weiterverfolgt. Man soll es weiterplanen, aber halt im Auge behalten, dass man ihn allenfalls vorläufig nicht realisieren kann.

Ich komme zur Frage nach dem Neubau des Schulhauses Bettenacker. Es gab in der Kommission grosse Zustimmung, dass man das Schulhaus, welches man auf dem Bettenacker bauen möchte, in der Holzsystem-Bauweise erstellt. Man verspricht sich eine verkürzte Planungs- und Bauzeit, auch eine Kostensenkung, was aus der Sicht der Kommission fraglich ist. Man wird sicher durch die Vorgabe, dass man bei einem Holzsystembau alles sauber vorausplanen muss, eine gewisse Straffung und Kostenersparnis erzielen können. Es soll auch einen heimeligen Eindruck geben, wenn man mit Holz baut, und es soll klimafreundlich sein.

Des Weiteren war die Frage nach dem Ablauf der Realisierung. Seitens Gemeinderats ist es so, dass gesagt wird, dass man den Neubau Bettenacker zuerst realisieren soll, sodass man den Bedarf nach Provisorien bei einer späteren Sanierung des Schulzentrums Neuallschwil minimieren kann. Dies findet Zustimmung, dies halten wir sogar für dringlich, dass man dieses Projekt zügig vorantreibt, damit man den Raumbedarf decken kann.

Hinsichtlich der Anzahl Klassen stellten wir uns die Frage, wie damit umzugehen ist, dass eben gewisse Unsicherheit besteht, ob man nun eigentlich weiterhin mit 32 Klassen im Schulhaus Gartenhof planen kann. Im Weiteren hat man sich überlegt, ob man auch im Sinn der Zukunftsfähigkeit ein Bettenacker gleich von Beginn weg mit 24 Klassen planen soll. Dies scheint der Kommission insofern sinnvoll zu sein, dass man es einfach als Option einplanen sollte. Es geht doch um einen Holzsystembau. Grundsätzlich ist bei dieser Bauweise denkbar und möglich, dass man Erweiterungen von vornherein geschickt einplant. Dass man beispielsweise eine Aufstockung bereits im Voraus plant, damit es, wenn der Bedarf entsteht, möglich sein wird. Von da ausgehend beantragt Ihnen die Kommission, dass man das Schulhaus Bettenacker von vornherein mit der Option baut, dass man es von 18 auf 24 Klassen erweitern könnte. Sei es dann, wenn man den Entscheid für die Realisierung fällt, sei es zu einem späteren Zeitpunkt.

Nun, der Planungskredit an sich hat die Kommission, so wie es der Gemeinderat Ihnen vorgeschlagen hat, von der Zweckbestimmung her nicht überzeugt. Wie erwähnt, haben wir versucht, es zu schärfen. Man hat auch festgestellt, dass zu diesem Zeitpunkt noch kein Konzept besteht, was genau man in den Machbarkeitsstudien untersuchen will. Deshalb kommen diese Anträge, die wir Ihnen in Ziffer 1 der Anträge gestellt haben. Wir wollten vermeiden, dass man heute etwas mit einem vagen Auftrag beschliesst und am Schluss etwas herauskommt, was möglicherweise keine Zustimmung findet, weil man das Gefühl hat, es sei in eine andere Richtung geplant worden, als man eigentlich beabsichtigt hat. In diesem Sinn denkt die Kommission, dass es wichtig ist, dass man sich auf gewisse Eckpunkte, was man eigentlich will, festlegt und dies auch entsprechend in den Auftrag schreibt.

Ein weiteres Thema, welches in der Kommission noch recht viel zu reden gab, ist die Frage: Was macht man mit dem Schulhaus Neuallschwil? Ist die Sanierung gesetzt oder soll man noch einmal anschauen, ob auch ein Neubau infrage kommt? Wir haben dazu festgestellt, dass es relativ sicher begründet wurde, dass man einen Neubau einfach ausschliesst. Die Kommission hält dies nicht für richtig. Es ist nicht so, dass die Kommission will, dass ein Neubau des Schulhauses Neuallschwil stattfindet. Aber es ist festzustellen, dass sich der Gemeinderat zu einem früheren Zeitpunkt mal dazu entschieden hatte, dass man eben neu baut und nicht saniert und jetzt mit dem trockenen Verweis auf die CO₂-Problematik eine komplette Kehrtwende machte. Dies greift aus Sicht der Kommission zu wenig weit. Der CO₂-Impact eines Neubaus hängt wesentlich davon ab, wie man baut. Ob man in Beton baut, ob man Recycling-Beton nimmt, ob man Holzbau nimmt – das sind Entscheide, die eigentlich dann auf der Ebene eines Neubaus gefällt werden können und nicht mit dem Grundsatzentscheid, ob

man saniert oder neu baut, zusammenhängen. Die Kommission geht somit davon aus, dass man dazu noch einmal grundlegend alles anschauen soll, im Bewusstsein, dass halt ein Neubau auch neue Möglichkeiten eröffnet, was eine Sanierung allenfalls nicht macht. Das soll man als ergebnisoffen noch einmal betrachten.

Jetzt konkret zu den Anträgen. Beim Neubau Bettenacker hat der Gemeinderat Ihnen auch beantragt, eine weitere Machbarkeitsstudie durchzuführen. Die Kommission ist der Meinung, dass eine Machbarkeitsstudie im Sinn von Untersuchen, ob man dort überhaupt ein Schulhaus bauen kann, es eigentlich nicht benötigt. Das wissen wir, dort stand bereits mal ein Schulhaus, welches relativ gross war, bevor es dann 2018 abgebrochen wurde. Dass man es grundsätzlich kann, ist kaum fraglich. Man wird schauen müssen, ob alles in diesem Umfang, mit diesem Raumprogramm, welches die Kommission jetzt vorschlägt, auch mit diesen Optionen für die Musikschule und für eine Erweiterung, passt und überzeugt, in Schweizerdeutsch: «*verhebt*». Es ist klar, es ist nicht hundertprozentig sicher, dass es verhebt, man wird es aber dann im weiteren Planungsprozess anschauen müssen.

Wie erwähnt will man für das Schulzentrum Neuallschwil eine umfassende Auslegeordnung. Dabei ist zu beachten, dass das Areal verschiedene Gebäude umfasst. Einerseits ist es das Schulhaus mit der Turnhalle und der Schwimmhalle, es ist das alte Schulhaus, worin die Musikschule untergebracht ist, und es ist das Tagesheim und andererseits das sog. Abwärtsgebäude am Muesmattweg. Alle diese Gebäude sollte man aus Sicht der Kommission mal anschauen und sich überlegen, was längerfristig mit ihnen geschehen soll. Spezifisch auch das Tagesheim. Dieses Gebäude ist älter als das Schulzentrum. D. h. auch da wird sich eines Tages die Frage nach einer Sanierung stellen, und es belegt einen relativ grossen Teil des Grundstücks. Es ist nicht etwas, was man jetzt entscheiden muss, aber es zeigt einfach, dass es notwendig ist, dass man eigentlich eine Gesamtbetrachtung über das ganze Areal vornimmt, dass man schaut, wie man da eine Erweiterung, eine Sanierung, einen Neubau etc. machen kann. Aus Sicht der Kommission sollte man nun nicht Entscheide jeglicher Art präjudizieren und auch nicht ausschliessen, dass man einzelne Bauten abbricht und ersetzt.

Mit diesem Vorgehen nimmt die Kommission in Kauf, dass die Planungsstudien etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen können als vom Gemeinderat ursprünglich geplant. Wir halten dies für vertretbar, denn, wenn man nun zügig beginnt, das Bettenacker zu planen und zu bauen, dann der dringliche Raumbedarf der Primarschule mal aufgrund Zeitfrist befriedigt wird, und man sich damit auch Zeit verschafft, um vertiefter anzuschauen, was man in Neuallschwil dann machen will. In diesem ganzen Zusammenhang ist dann wichtig, dass man auch Schulraumprovisorien thematisiert und plant. Dies ist deshalb ebenfalls Gegenstand des Antrags der Kommission.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass die Höhe des Kredits in der Kommission nicht unumstritten war. Die Höhe von 650'000 Franken konnte man nicht wirklich begründen, weil es gar kein klares Programm gibt, was man damit untersuchen will. Letztlich spielt es aus Sicht der Kommission aber keine entscheidende Rolle, denn am Ende ist der Kredit, den man jetzt spricht, ohnehin nur ein Bruchteil der Planungskosten. Eigentlich plant man nun mit diesem Kredit so weit wie man kommt, wie das Geld für die Projektierung und Planung ausreicht. Danach wird man sowieso mit weiteren, wesentlich höheren Krediten kommen müssen, wenn es um die eigentliche Projektierung und Realisierung geht.

Schliesslich gibt es noch diverse Vorstösse, für die der Gemeinderat Abschreibung beantragt. Bei dreien war es ohnehin von vornherein unbestritten, das sind die Vorstösse von Niggi Morat, von Christian Jucker und das Postulat von Andreas Bärtsch. Kontrovers war die Abschreibung der Motion von Urs Poživil und Patrick Kneubühler betreffend Bericht Finanzierbarkeit Viererstandortlösung, diese wurde von der Kommission mit 4:3 Stimmen abgelehnt, dass man sie stehenlässt. Damit, denke ich, kann man der FIREKO übergeben. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Ich gebe das Wort an Mark Aellen, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission.

Mark Aellen, FIREKO-Präsident: Danke schön. Ich möchte es zunächst durch eine Bemerkung zum Vorgehen des Büros eröffnen. Das Büro hat nun erstmals versucht, zwei Berichte von zwei Kommissionen in einen Bericht zu zwängen. Wir hatten dadurch die komplizierte Situation, dass jemand entscheidet, wie man diese zwei Anträge, die aus den zwei Kommissionen stammen, in einen Bericht bringt. Das Resultat ist meiner Meinung nach äusserst unzufriedenstellend. Deshalb stellen wir als FIREKO, ich repräsentativ, jetzt schon mal klar den Antrag, dass unsere Anträge, welche auf Seite 13 des Berichts stehen, genauso zur Abstimmung kommen wie die Anträge der KBU. Eine der Begründungen, das kann ich jetzt einfach sagen: Wir haben z. B. «B», wo wir sagen, etwas soll stehen

bleiben, und die KBU sagt mit 4:3, es soll nicht stehen bleiben. Es zählt also die Stimme der FIREKO schon gar nicht mehr dazu. Es ist äusserst seltsam, wenn man Vorschläge macht. Insofern kann die Kombination von zwei Berichten in einem, die dann doch nur eine Kommission entscheidet, wo es durchgehen soll, nicht funktionieren. Die Aufträge der Kommissionen sind, Anträge an den Einwohnerat zu stellen, und nicht Anträge an die Bescheidkommission, die auch noch einen Bericht erstellt. Insofern ist es von der KBU eine gute Arbeit, nichts gegen das, sie kamen in Zugzwang, wie man es lösen sollte, aber ich glaube, dies bringt nichts. Schlussendlich sprechen beide Präsidenten für beide Findings. Also, ich weiss nicht, wo wir gespart haben.

Kommen wir zum eigentlichen Geschäft. Die FIREKO hat sich natürlich darauf beschränkt, zu betrachten, was es finanzpolitisch heisst. Es ergibt keinen Sinn, dass zwei Kommissionen über dasselbe Geschäft mit denselben Augen schauen. Wir haben vor allem betrachtet: Ist die Finanzierbarkeit richtig aufgegleist? Wenn man die Berichte anschaut, sieht man ziemlich schnell einmal, dass die vorgeschlagenen Varianten eigentlich in einem sehr ähnlichen Bereich liegen. Auch wenn die vorgeschlagenen Zahlen im ersten Moment weit auseinander liegend scheinen, sieht man doch, dass +/- 25 % die Sache extrem verwischen. Insofern kann man finanzpolitisch keinen Unterschied zwischen drei oder vier Standorten ausmachen. Was man allerdings ausgezeichnet aus dieser Vorlage machen kann, ist daraus schliessen, dass wir einfach durch unseren normalen Betrieb über die Jahre nicht genug Geld finanzieren, um ein Projekt in dieser Grösse zu stemmen. Egal, ob drei oder vier Standorte, egal. Wir müssen effektiv darauf achten, dass wir wissen, wie wir es finanzieren können, was wir hier tun.

Ich halte es für interessant, dass man, weil nun neues juristisches Einkommen generiert wurde, hin stehen und sagen kann: Es ist jetzt garantiert, ihr müsst euch darüber keine Sorgen mehr machen. Also der zweistellige Betrag müsste in diesem Fall ziemlich nahe an 100 Mio. liegen, was ich stark bezweifle. Insofern kam die FIREKO zum Schluss, egal, was geplant wird, es muss mit jeder Planung ein Massnahmenkatalog verabschiedet werden, der uns aufzeigt, wie man es finanzieren kann. Wir sind natürlich daran interessiert, dass uns der Gemeinderat bzw. die Verwaltung Vorschläge unterbreitet, die für den Bürger am wenigsten Einfluss haben, logisch. Wir können aber nicht voraussagen, welche Massnahmen man keineswegs zulassen will. Denn, wenn man nun z. B. so weit gehen und sagen würde, wir wollen keine Steuererhöhung, würde dies natürlich gewisse Massnahmen, vorhandene Breite einschränken, sprich, eventuell würde auch das Volumen, welches man generieren kann, eingeschränkt. Wenn das Volumen, welches man generieren kann, eingeschränkt wird, werden auch die Varianten, die man realisieren kann, eingeschränkt. Im schlimmsten Fall, jetzt übertreibe ich natürlich, aber im schlimmsten Fall, rein theoretisch, wenn man auf diese Weise vorgeht, könnte man zum Schluss kommen, dass, egal, was wir machen wollen, wir kein Geld dafür haben, sprich: Wir bauen kein Schulhaus. Wäre nicht zielführend.

Demnach: Ich würde die Massnahmen nicht einschränken. Ich würde den Gemeinderat wirklich fragen, die Massnahmen zu jedem Plan, den er vorlegt, auch mit vorzulegen. Das ist diese Argumentation.

Ob Holzbau oder nicht Holzbau ist unserer Meinung nach a) eine KBU-Frage, sie sind da die besseren Experten, und b) für die FIREKO ist es schlicht eine Massnahme zur Reduktion der Kosten; gehört in den Massnahmenkatalog. Insofern ist es für uns auch keine Frage. Die Aufteilung der Räume und wo wie viele Klassen – again – das ist nicht unsere Sache. Was wir aber festgestellt haben, ist, wenn man die Planungsunterlagen anschaut und das Bauvorhaben anschaut, sieht man, dass nach der Realisierung dieses Projekts, so wie es jetzt vorgeschlagen war, wie man es planen möchte, man nach zehn Jahren nach der Realisierung bereits wieder Schulraum benötigt. Sprich, man sollte jetzt eben gleich weiterschauen. Wir haben gesehen, Schulraumplanung in Allschwil kostet viele, viele Jahre, nicht nur ein paar Jahre. Heisst, wir müssten bereits anwerfen, was wir danach unternehmen. Dies steht eigentlich im Einklang mit dem KBU-Finding. Wir haben einen Anfangsschuss und sagen, jetzt machen wir die ersten Schritte, aber wir sind uns bewusst, wir müssen sogleich weitere Schritte hinterher planen.

Ansonsten haben wir eigentlich zu dem, was die KBU rapportiert hat, nichts hinzuzufügen, ausser, wie zuvor erwähnt, unseren Antrag, die Überlegungen, die wir angestellt haben, wie man die Planung ausgestalten soll. Der Massnahmenkatalog gehört dazu und dass dort auch eine gewisse Plafonierung enthalten ist, wie es in Antrag „C“ steht, damit man einfach auch über die Jahre etwas hat, was sicherstellt, dass wir nachher auch die Folgeprojekte finanzieren können. Diese Anliegen sind der FIREKO eminent wichtig. Somit schliesse ich – Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Das mit den Anträgen nehme ich so auf und wenn du einverstanden bist, werde ich dann vor der Abstimmung bei den Gegenüberstellungen

genauer anschauen, wie wir es machen, was man genau gegenüberstellt etc., dass wir dies erst später machen. Gut, prima. Ich gebe das Wort noch an Gemeindepräsident Franz Vogt, bitte.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, der Gemeinderat schätzt diese Berichte von FIREKO und KBU ausserordentlich. Sie sind sehr sorgfältig und ausgezeichnet. Ich komme am Schluss dann noch zu den Anträgen dieser zwei Kommissionen. Man würde mich natürlich auch missverstanden haben, wenn ich gemeint haben sollte, dass man jetzt machen könne, was man will. Dass wir uns keine Sorgen mehr machen müssen, ist natürlich absolut falsch. Wir werden weiterhin schauen müssen, dass die Sache finanzierbar bleibt. Wir haben nun, man kann beinahe sagen, einen ausserordentlichen, positiven Effekt. Es wäre aus Sicht des Gemeinderats falsch gewesen, man hätte es nicht am Anfang gesagt. Wäre die Debatte einen Monat zuvor gewesen, hätten wir viel zu wenig gesicherte Informationen gehabt, um dies hier sagen zu können. Jetzt sind wir nun mal da, wo wir sind, dass die 1. Lesung der Rechnung nächste Woche im Gemeinderat vorgesehen ist, und dann wäre es falsch gewesen, es Ihnen vorzuenthalten.

Ich fasse unsere Vorlage zusammen, die Sie sicher alle gut gelesen haben, nein, Sie haben es auf jeden Fall gelesen. Wir haben, wie es verlangt wurde, eine **Gegenüberstellung der Dreier- und Vierervariante** vorgenommen. Das Ziel ist klar, dass Sie heute einen Kredit für die Planungsvorbereitungen sprechen. Damit würde eine zweite Sondervorlage ausgearbeitet, welche dann die Mittel für das Vorgehen der Phasenprojektierung bis und einschliesslich Vorprojekt mit einer Kostenschätzung beantragt. Danach wird die eigentliche Vorlage für das Bauprojekt ausgearbeitet, welche dem Einwohnerrat im dritten Quartal 26 vorgelegt werden soll. Die Volksabstimmung ist für das erste Quartal 2027 geplant.

Im Weiteren sollen vier parlamentarische Vorstösse abgeschrieben werden, welche eng mit dem Thema zusammenhängen. Die politisch differenzierte Betrachtung hat den Gemeinderat bewogen, Ihnen eine Strategie mit einem **vierten Schulstandort Bettenacker** vorzuschlagen. Dies, obwohl im Hinblick auf die Tragbarkeit gewisse Bedenken bestehen oder bestanden haben, wie ich zuvor ausgeführt habe, erwarten wir einen ausserordentlich guten Rechnungsabschluss, der eine gewisse Vorfinanzierung bereits sicherstellen kann. Unter diesen Voraussetzungen wird die Tragbarkeit auch im pessimistischen Steuerszenario gegeben sein. Wie Sie aber wissen und Mark Aellen richtig erwähnt hat, wachsen die Bäume nicht in den Himmel, ein sorgsamer Umgang mit den Finanzen ist weiterhin angezeigt. Grosse Steuererträge haben auch im Folgejahr einen grossen Batzen im Finanzausgleich zur Folge, also im 2026 wird ein deutlich höherer Betrag für den Finanzausgleich ausfallen.

Für den **Bettenacker** vorgesehenen Neubau schlägt der Gemeinderat, wie es schon mehrfach erwähnt wurde, einen Holzsystembau vor. Dies nicht nur aus Kostengründen, auch aus Kostengründen, vielmehr erwarten wir aber eine deutliche Zeitersparnis, damit der Bezug Mitte 29 möglich würde. Holzsystembau ist mittlerweile in der Schweiz etabliert und wird von allen Anspruchsgruppen geschätzt, von Kindern, deren Eltern, von den Lehrkräften und auch von den Hauswarten. Weitere wichtige Vorteile sind ein gutes Raumklima, Schallschutz, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit. Auch nicht zu verachten ist, Aufstockung und Erweiterung sind problemlos möglich, wenn man es von Beginn weg vorsieht.

Das weitere Vorgehen wäre das Erstellen der Raumprogramme für die Nutzungen und Flächen dieser Nutzungen. Auf dieser Grundlage kann in der nächsten Phase, also in der Sondervorlage Anfang 26, der zweistufige Gesamtleistungswettbewerb vorbereitet werden.

Für das Schulzentrum **Neuallschwil** ist eine Kernsanierung vorgesehen. Eine Potenzialstudie soll zeigen, was möglich ist. Des Weiteren soll aufgezeigt werden, welche Investitionen vor einer Gesamtsanierung möglich sind. Dies würde dann die Dauer der Sanierungsphase verkürzen, was die Dauer für die benötigten Provisorien verkürzen würde. Ziel ist, die Nutzung von teuren Provisorien auf das Notwendige zu reduzieren. Bei Provisorien, und wir sprechen von Provisorien während der Sanierung oder allenfalls des Neubaus Neuallschwil, gilt es abzuklären, wann und in welchem Umfang sie benötigt werden und wo sie zu stehen kommen.

Den **Zeitplan** haben Sie auch gesehen. Die Sondervorlage für die Projektierung bis und einschliesslich des Vorprojekts wird in den Einwohnerrat, so der Plan, im Q1 26 kommen. Die Vorlage des Ausführungskredits würde dann im Q3 26 in den Einwohnerrat kommen. Und die Vorlage für vors Volk wäre dann im Q1 27. Baubeginn im Bettenacker wäre Mitte 2027 geplant. Der Bezug Bettenacker Mitte 29. Bereitstellen von Provisorien für den Umbau, Gesamtsanierung Neuallschwil ab Mitte 29. Und die Gesamtsanierung Neuallschwil würde von 29 bis 31 dauern.

Zu den **politischen Vorstössen**. Sie haben es gesehen, der Gemeinderat würde Ihnen beantragen, die drei Motionen und auch das Postulat als erledigt abzuschreiben. Zu den Berichten der KBU und FIREKO – ich sage es noch einmal – der Gemeinderat bedankt sich für die ausserordentlich guten, umfangreichen und sorgfältigen Berichte. Der Gemeinderat kann im Grundsatz den meisten Anträgen folgen. Gerade bei der Tragbarkeit haben sich aber gewisse Voraussetzungen, wie ich geschildert habe, geändert. Ich verzichte an dieser Stelle, detailliert auf die Berichte einzugehen. Das habt ihr alle zuvor gehört. Ich verzichte hier auch, auf gewisse Meinungsverschiedenheiten einzugehen. Letztlich geht es ja darum, dass Sie diesen Kredit mit gutem Gewissen sprechen können und wir vorwärtsgehen.

Zuerst der Antrag „A“ der FIREKO, betreffend Erstellen eines Massnahmenkatalogs zur Erreichung der finanziellen Tragbarkeit. Seit der Beurteilung der Tragbarkeit seitens PWC haben sich, wie ausgeführt, diverse Annahmen verändert. Die Ausgangslage ist jetzt eine andere. Die Steuerprognosen sind deutlich höher als erwartet. Dadurch wird die Tragbarkeit verbessert, obwohl kostenseitig ebenfalls einige Mehrkosten angefallen sind, insbesondere eine Restkostenfinanzierung. Sobald im Rahmen der weiteren Planungsarbeiten die initialen Investitionskosten und die laufenden Betriebskosten der Schulbauten besser abgeschätzt werden können, werden sie aus der Sicht der finanziellen Tragbarkeit natürlich immer wieder neu beurteilt werden müssen. Grundsätzlich wird das Ziel verfolgt, die finanzielle Planung im Rahmen der jährlichen Aufgaben- und Finanzplanung darzulegen. Sollte sich zeigen, dass die Gemeinde im Finanzierungsprozess in eine finanzielle Schieflage geraten würde, werden Massnahmen evaluiert. Welche Massnahmen dies sind, wurde im Bericht dargelegt, wo sie liegen würden. Aufgrund der neuen Ausgangslage bittet Sie der Gemeinderat daher, den Antrag abzulehnen.

Die Motion *Finanzierung des Viererstandorts*, meinen wir, kann ebenfalls abgeschrieben werden. Es ist nicht sinnvoll, sie stehenzulassen. Wir beantragen die Ablehnung.

Der Antrag „C“ der FIREKO, die finanzielle Tragbarkeit. Da der Jahresabschluss 2024 ausserordentlich gut abschliessen wird, werden auch die Finanzkennzahlen in der Jahresrechnung ausgezeichnet, teilweise sogar exorbitant gut sein, dies primär die Nettoschuld pro Einwohner, die Höhe des Eigenkapitals sowie die Selbstfinanzierung. Es wird aber kaum möglich sein, dieses ausserordentliche Niveau zu halten, was hingegen auch nicht notwendig ist. Die Gemeinde Allschwil kann sich, Stand heute, eine höhere Verschuldung leisten als das, was man noch im 2024, als man den Bericht geschrieben hat, annehmen konnte. Der Gemeinderat lehnt aus diesem Grund diesen Antrag ab.

Wir kommen zu den Anträgen der KBU. Der Antrag A ist für den Gemeinderat nachvollziehbar und entspricht den bisherigen Planungen. Der Gemeinderat kann ihn also unterstützen. Den Antrag B, Variantenprüfung für das Schulhaus Neuallschwil, finden wir grundsätzlich sinnvoll und können ihn mittragen. Die KBU fordert eine umfassende Variantenprüfung für einen Neubau, Sanierung oder Erweiterung des Schulhauses Neuallschwil unter Einbezug der beiden Parzellen. Ein möglicher Rückbau der Bestandsbauten kann ebenfalls geprüft werden. Es ist nicht ganz sicher, dass die Höhe dieses Kredits auch ausreicht, aber wir tun natürlich das Möglichste, damit wir es reinbringen. Wir kommen zu Antrag C, Planung von kurzfristigen Schulraumprovisorien. Dieser Antrag ist aus Sicht des Gemeinderats nicht notwendig, da die Prognose der neuesten Eckhaus-Studie zeigt, dass die Schülerzahl in den nächsten Jahren stagnieren und danach sogar eher sinken wird, bevor sie dann in den 30er-Jahren wieder ansteigen würden. Zudem hat der Gemeinderat bereits ein Ausnahmegesuch beim Amt für Volksschulen gestellt, um alternative Lösungen prüfen zu können, sollte es doch nicht ausreichen. Wir gehen aber davon aus, dass wir die Klassen in den bestehenden Schulbauten unterbringen können bis zum Zeitpunkt, an dem das Bettenackerschulhaus in Betrieb gehen könnte.

Zusammenfassend ist der Gemeinderat aufgrund der veränderten Ausgangslage der Ansicht, dass die Anträge der FIREKO zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig sind und daher zurückgezogen oder abgelehnt werden sollten. Insgesamt vertritt der Gemeinderat dieselbe Haltung wie die KBU. Es ist aber der FIREKO zuzustimmen, dass wir mit den Finanzen nach wie vor sorgfältig umgehen müssen. Die Anträge A und B der KBU werden, wie erwähnt, vom Gemeinderat unterstützt. Der Antrag C wird aufgrund der Zahlen der neuen Schülerprognosen als überflüssig angesehen und es wird Ihnen beantragt, dass Sie diesen ablehnen. Dies wären meine Ausführungen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Gemeindepräsident Franz Vogt. Dann kämen wir jetzt zu den Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen und danach zum Gesamteinwohnerrat. Ich möchte in diesem Sinn den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthieu Dobler!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Präsident. In dieser Sondervorlage haben wir aus Sicht der SP die Chancen, gezielt und vorausschauend in die Bildung der Kinder von Allschwil zu investieren. Unsere Kinder sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, und für die SP ist eine gute Schulbildung Grundlage für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Aber gute Bildung benötigt auch Platz. Die steigenden Schülerzahlen in Allschwil zeigen, dass wir jetzt handeln sollten. Die Sondervorlage zur langfristigen Schulraumplanung ist aus unserer Sicht nicht nur eine Investition in ein Gebäude, sondern eine Investition für mehr Bildungsgerechtigkeit und für die ganz allgemein längerfristige Zukunft unserer Gemeinde. Die SP setzt sich dafür ein, dass jedes Kind unabhängig von Herkunft, von sozialem Status die besten Lernbedingungen erhält. Deswegen haben wir uns auch schon immer klar für vier Schulstandorte eingesetzt, weil wir überzeugt sind, dass kleinere Schulhäuser, die in Quartieren eingebettet sind, auch das grösste Potenzial für ein Bildungsangebot haben, welches den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen am ehesten gerecht wird.

Der heutige bestehende Schulraum ist, wie wir gehört haben, nicht mehr ausreichend und stellenweise auch sanierungsbedürftig. Eine Verzögerung oder eine Ablehnung dieser Vorlage wären aus Sicht der SP-Fraktion kurzsichtig und würden die aktuell bestehenden Probleme nur noch weiter verschärfen. Die Sondervorlage bringt jetzt die Chance, aus unserer Sicht, eine saubere Grundlage für die erfolgreiche weitere Schulraumplanung in den nächsten Jahren zu haben. Vor allem könnte man im Bettenacker zeitnah und konkret ein neues Schulhaus mit Erweiterungspotenzial ermöglichen. Ein Schulhaus im Bettenacker würde, wie es bereits erwähnt wurde, die Raumknappheit reduzieren und insbesondere für Entlastung des Gartenhofschulhauses sorgen, welches heute schon überfüllt ist.

In dieser ganzen Debatte geht es natürlich immer sehr stark um die finanzielle Tragbarkeit, dies ist auch für die SP wichtig und richtig. Eine nachhaltige Schulraumplanung bedingt aus unserer Sicht aber auch ökologische und soziale Kriterien, die beachtet werden sollten. Dies hat die KBU auch in ihrem Antrag zu Recht so festgehalten. Es ist darum auch der SP wichtig, beispielsweise, dass man natürlich möglichst CO-neutral planen und bauen wird. Ich bin überzeugt, dass ein Raumkonzept Einfluss darauf hat, wie soziale Interaktionen – in diesem Fall Bildung – gestaltet und gelebt werden. Diese Sondervorlage könnte eine Chance sein, die einmalige Chance, das Raumkonzept gerade auch im Bettenacker, allenfalls auch in Neuallschwil, dass man gezielt, moderne, pädagogische Anforderungen anschaut und sie anpasst, wie flexible Lernlandschaften, mehr Möglichkeiten für Projektarbeit, eigenständiges Lernen und interdisziplinären Unterricht fördern kann. Offene Lernräume, Gruppenarbeiten, multifunktionale Räume fördern aus meiner Sicht eine kollaborative Lernkultur und unterstützen unterschiedliche Lernbedürfnisse. Deswegen wäre ein Schulhaus, das nicht nur Platz bietet, sondern auch etwas an pädagogischer Innovation in Allschwil ermöglicht, aus meiner Sicht eine echte Investition in die Zukunft für die Bildung in Allschwil.

Zuletzt möchte die SP-Fraktion betonen, dass weiterhin eine gute Musikschule für unsere Gemeinde wichtig ist. Wir setzen uns für mehr Musik ein. Eine gute Musik und auch für mehr Kultur. Die SP ist aber auch der Ansicht, dass vor allem, wenn es finanziell mit der Tragbarkeit trotzdem hart auf hart kommt und eng werden sollte, der Schulraum priorisiert werden soll, allenfalls vor weiterführenden Überlegungen zu einem Kombigebäude mit der Musikschule. Deshalb ist es uns wichtig, dass es auch klar als Option drinsteht, die man anschaut, aber eben ziehen oder fallen lassen kann, wie es im KBU-Antrag richtig vermerkt ist. Daher sagen wir als SP klar ja zu diesem Antrag für den Kredit für die Planungsvorbereitungen. Einzig bei der Frage und Motion 4710, bei der es um die Finanzierung des Viererstandorts ging, hatten wir unterschiedliche Meinungen, ob es abgeschrieben oder stehen gelassen werden soll.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Simon Trinkler, Sie haben das Wort.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen. Die Fraktion EVP/GLP/Grüne steht voll hinter den Anträgen der KBU. Der Kommissionspräsident hat die wichtigsten Punkte bereits umfangreich und hervorragend erläutert. Ich möchte auf ein paar weitere Punkte, resp. einzelne Punkte, genauer eingehen. Ganz wichtig ist uns, dass wir wirklich aufpassen müssen, dass wir nicht jetzt schon zu wenig Schulraum planen und von der Entwicklung der Gemeinde am Schluss überholt werden und im 2040 dann erneut neuen Schulraum bauen oder planen müssen. Es ist uns auch sehr wichtig, dass das Schulhaus Gartenhof entlastet werden kann, die Notwendigkeit dafür ist erkannt. Matthias Häuptli hat dies gut erläutert. Dies

wurde in der Kommission ebenfalls durch die verantwortlichen Personen ausgezeichnet erläutert, weshalb man es tun sollte und muss. Deshalb muss es eben unbedingt auch eingeplant werden.

Die Erweiterungsmöglichkeiten benötigen am Schluss ein Preisschild, damit man in den nächsten Planungsschritt einsteigen und entscheiden kann, ob man es gleich dann oder halt zu einem späteren Zeitpunkt realisiert. Persönlich denke ich, dass man es wahrscheinlich gerade dann und man nachher nicht eben im 2040 den nächsten Lufp an diesem Standort machen muss.

Uns ist auch wichtig, dass die Musikschule eingeplant wird und ebenfalls ein Preisschild erhält, so dass man dann zur Zeit des nächsten Planungsschritts entscheiden kann, können wir es uns leisten oder braucht es allenfalls eine andere Lösung.

Uns ist auch wichtig, dass die Schulhäuser bei unseren Kindern in der Nähe bleiben, und dies verbessern wir sicher deutlich mit dem Standort Bettenacker. Wir wollen unbedingt eine Schule, die für die Kinder und die Lehrpersonen eine überschaubare Grösse hat. Deshalb unterstützen wir auch die Kommissionsaussage fest, dass man keine Schulhäuser baut, die grösser sind als vier Klassenzüge.

Auf dem Gelände des Schulhauses Neuallschwil, also auf den zwei Parzellen, gibt es ein grosses Potenzial. Das Potenzial ist im Moment nicht wahnsinnig gut genutzt. Wir unterstützen daher auch die Aussage, dass man die Parzelle genauer betrachtet, dass man überlegt, welches Potenzial sie hat, sodass man der nächsten Generation das Land, welches vielleicht auch eine strategische Landreserve der Gemeinde sein kann oder muss, anders oder besser übergeben kann, als sie bis jetzt genutzt ist. Wir sind auch der Meinung, dass man ergebnisoffen anschauen muss, ob saniert werden muss oder ob an diesem Standort ein Neubau besser ist. Natürlich gibt es hierzu unterschiedliche Faktoren, die nachher zum Entscheid führen. Uns ist es sicher auch wichtig, dass es nachher eine sozial und ökologisch gute Lösung ist. Aber eben, man sollte die Faktoren zuerst betrachten und nicht jetzt vorweg voreilig sagen, man saniert oder man baut neu.

Wir unterstützen die Abschreibungen der Vorstösse komplett, ausser die Abschreibung der Motion bei Punkt 4. Dort sind wir mehrheitlich für die Abschreibung. Merci vielmals.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt, Sie haben das Wort.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. In erster Linie würde ich doch gerne dem Gemeinderat für diesen zweistelligen Millionenbetrag gratulieren. Dies erklärt nun auch meine hohe Steuererklärung. Ein solcher Überschuss, ein solch grosser Überschuss, aus meiner Sicht genau gleich eine Misswirtschaft. Man sollte sich überlegen, ob man das Geld nicht wieder der Bevölkerung zurückgibt oder sonst eine Steuersenkung durchführt. Zum Bericht selbst: Es wurden so viele Punkte genannt, ich glaube, jeder von uns kann zwei Stunden darüber sprechen. Ich möchte mich an den Bericht des Gemeinderats halten oder darauf beschränken, weil dies doch der Ausgangsbericht vom Ganzen ist. Unserer Ansicht nach ist dieser Bericht wieder einmal ein Bericht für die Schulbücher, einer, wie ein Bericht nicht aussehen darf. Ein perfektes Beispiel, wie man auf 26 Seiten nichts Neues sagen kann.

Wenn wir zurückblicken: Die Gründe für die Ablehnung, die wir für die zwei Investitionskredite im November 23 hatten, waren die Bewertung der Lösungsvarianten aufgrund der definierten Kriterien, weil sie nicht nachvollziehbar waren. Aus unserer Sicht sind sie bisher nicht nachvollziehbar. Man hatte Zweifel, ob die Grundstückfläche Schulzentrum Neuallschwil für ein Schulhaus von dieser Grösse ausreichend ist. Dieser Zweifel besteht eigentlich immer noch. Wir müssen doch noch Expertisen machen, es sind noch ein paar fällig. Wenn ich nur überlege, dass im Bericht steht, dass man eine geologische Untersuchung im Bettenacker machen muss, im Grund genommen, um zu schauen, ob wir das Schulhaus überhaupt dort bauen können, halte ich es für fraglich, dass wir jetzt schon einen Terminplan haben.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung war die Berechnung der Kosten der einzelnen Lösungsvarianten. Dies war nicht nachvollziehbar. Unserer Ansicht nach sind wir immer noch auf dem genau demselben Stand. Die Tragbarkeitsberechnung war auch nicht nachvollziehbar. Dito. Der Umgang mit Provisorien und Kostenfolgen wurde nicht aufgezeigt. Jetzt wurden zwei Preise genannt. Weiter wurde eine Gegenüberstellung zwischen den Varianten Dreierstandort und Viererstandort unsererseits vermisst. Eigentlich, wenn ich diesen Bericht anschau, ist es eine genau gleiche Fehlanzeige und das, was drinsteht, eigentlich eine Alibiübung.

Schlussendlich war der letzte Grund, der pädagogische Mehrwert für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrpersonen, der sich aus der Variante Viererstandort ergibt, ist dementsprechend unserer

Ansicht nach eigentlich nichts Neues. Der Status quo, der mondän ist, dass wir zwei Varianten haben, die scheinbar immer noch genau gleich sind wie zuvor und auch gleich teuer sind, der Unterschied ist schlussendlich marginal. Ich glaube, es ist für uns alle klar, auch für die SVP ist klar, dass vier Schulhäuser bestimmt die bessere Variante sind, grosse Klassenzimmer sicher die bessere Variante ist. Dass wir einen kleinen Raum mit Sofas dahinter haben, ist wunderbar, dass wir viele Lehrer haben, ist sicher sensationell für unsere Schülerinnen und Schüler. Dies ist aber nicht die Frage. Die Frage ist: Können wir dies überhaupt finanzieren? Vermögen wir es? Können wir es bezahlen, was eigentlich der Wunsch von uns allen ist? Dies ist aus dem Bericht des Gemeinderats eigentlich nicht klar. Die Tragbarkeit, hauptsächlich die möglichen Massnahmen für die Verbesserung der Tragbarkeit, die uns aufgezeigt werden, was eigentlich Schlüsselkriterium für den Bau dieser Schulhäuser ist, übertrifft sich selbst mit Binsenwahrheiten. Reduktion von Aufwand, Steigerung von Ertrag, weniger investieren, das ist BWL, Betriebswirtschaftslehre Kurs 1 Lektion 1. Das könnt ihr in den Büchern genau so finden. Das Einzige, was uns geblieben ist und bislang nicht abgeschrieben wurde, obwohl wir ja unsere Millionen zu viel gemacht haben, sind 6 %, bis zu 6 % Steuererhöhung, und das ist noch nicht gegessen.

Eines der Hauptargumente ohne Anzeichen einer Begründung in diesem Bericht ist die vorgefertigte Holzsystembauweise. Es steht aber wirklich nirgends, wie viel wir denken, nur schon denken, an Ersparnis zu haben in diesem Bereich. Es steht nirgends. Es heisst nur, ah, wir werden sparen. In so einem Fall hatte mein Vater immer gesagt: Glauben kannst du in der Kirche! Der Bericht, wie er so vorliegt und uns vom Gemeinderat vorgegeben wurde, hat eigentlich den Namen „Bericht“ gar nicht verdient. Der einzige Unterschied zum letzten abgelehnten Bericht, den wir sehen, ist, dass die Zusammensetzung des Gemeinderats anders war und deshalb sich auf einmal solche Änderungen ergaben. Vielleicht liegt genau daran schlussendlich die schlechte Qualität dieses Papiers. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst, Sie haben sich gemeldet.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Sehr geehrter Herr Ratspräsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion dankt der KBU und der FIREKO für ihre Berichte, die wir als ausgezeichnet erarbeitet erachten. Auch dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Die Vorlage – ich möchte nicht explizit darauf eingehen, wie es Henry getan hat – erachten auch wir nicht als wahnsinnig glücklich. Es gibt einige Widersprüche, und es befinden sich noch so viele Unklarheiten darin, die sich, auch wenn man den Bericht fertig liest, nicht ergeben. Gerade auch bezüglich finanzieller Tragbarkeit und der Massnahmen. Ich glaube, dass wir alle hier möchten, ist, – und ich will auch nicht zu lange sprechen – die Schulraumplanung vorantreiben. Denn dies ist wirklich dringend notwendig, ansonsten haben wir in ein paar Jahren, in ein paar wenigen Jahren, ein grosses Problem, wo unsere Kinder in die Schule gehen sollen. Wir alle hier möchten, glaube ich, einen optimalen Schulraum. Einer, in den die Kinder gerne in die Schule gehen, wo sich auch die Lehrer wohlfühlen, der pädagogisch-sozial aber auch politisch sicher gut aufgestellt ist.

Ich stimme mit Simon überein, auch wir möchten gerne, dass das Schulhaus Gartenhof entlastet wird und auch genügend Schulraum vorhanden ist. Vom ideologischen und emotionalen Standpunkt her sind wir alle hier, glaube ich, für eine Viererstandort-Lösung. Mit Mark Aellen und der FIREKO und auch mit Henry gehen wir aber in dem Punkt einig, dass die Finanzierbarkeit schon nicht ganz ausser Acht gelassen werden darf. Wir stellen jetzt eigentlich die Weichen, wie mit unseren finanziellen Mitteln die bestmögliche Schule mit dem effizientesten Einsatz von Steuergeldern aufgegleist werden kann. Die Schulraumplanung ist einerseits etwas sehr Schönes, weil es um die Zukunft geht, andererseits, wenn es um die Finanzen geht, halt nicht besonders sexy. Das ist leider so, aber es gehört dazu. Der Gemeinderat hat zuvor ausgeführt, dass das Jahresergebnis 2024 so äusserst positiv ist, konkret wissen wir aber trotzdem nicht, wie es aussehen wird, und wie es in Zukunft aussehen wird, und wie konkret es Auswirkungen auf die finanzielle Tragbarkeit haben wird, wenn wir uns auf eine Viererstandort-Lösung entscheiden würden.

Wobei, zu diesem Punkt möchte ich jetzt vielleicht auch noch etwas vorbringen. Wir sprechen einen Kredit, wenn man diese Sondervorlage annimmt oder auch die Anträge der KBU, entscheiden uns aber nicht in diesem Sinn nicht für eine Standortlösung oder Dreier-, Viererstandort-Lösung. Denn dieser Entscheid müsste meines Erachtens eigentlich bei der Exekutiven liegen. Dies nur am Rande.

Die FIREKO und auch die KBU haben die finanzielle Tragbarkeit und Finanzierung einer Viererstandort-Lösung an sich ebenfalls als eher unsicher eingestuft. Unserer Ansicht nach ändern die Ausführungen des Gemeinderats heute, dass es eine sehr positive Entwicklung geben soll, nichts daran, weil wir, wie erwähnt, nicht wissen, um welchen konkreten Betrag es geht, wie der Finanzausgleich aussehen wird und welche Auswirkungen es konkret haben wird.

Was das Ziel auch von allen hier ist, ist, dass wir eine mehrheitsfähige Lösung bei der Schulraumplanung hinbekommen, eine, die am Schluss vom Volk angenommen wird. Denn, wenn sie nicht vom Volk angenommen wird, sind wir – ich deutsche es nun nicht aus – wirklich saublöd dran. Das Volk ist wirklich das, welches am Schluss darüber abstimmen wird. Ich glaube, das Volk interessiert es schon ein wenig, was es kostet und ob ihre Steuern allenfalls erhöht werden. Da haben wir gegenüber dem Volk eine Verantwortung, dass wir, wie erwähnt, Weichen stellen, damit Lösungen erarbeitet werden können, die vom Volk auch akzeptiert werden. Wir unterstützen die Anträge der KBU. Wir sind froh, dass die Projektierungsarbeiten im Antrag 1 a) konkretisiert wurden und auch dass Varianten ausgearbeitet werden sollen, was mit dem Schulzentrum geschehen soll, und können den Anträgen folgen, auch dem Antrag c) der KBU. Aber wie zuvor erwähnt, die Finanzierbarkeit muss ein Thema bleiben. Insofern finde ich auch die Anträge, die seitens FIREKO gestellt wurden, richtig. Dies muss man einfach im Kopf behalten. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Poživil, Sie haben sich gemeldet!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich glaube, das Geschäft beschäftigt uns nun wirklich schon sehr lange. Man muss auch sagen, als man im Dezember 2023 wirklich auch an der Budgetsitzung das Ganze zur Schulraumplanung eigentlich hinausgezögert hatte, wartete man richtig gespannt auf den Bericht des Gemeinderats. Diese Spannung spürte man auch im Raum: wann kommt dieser Bericht, kommt er endlich. Und jetzt liegt er vor. Man muss schon sagen, es fehlen darin einfach wichtige Dinge. Das ist doch enttäuschend, wenn man eine riesige Vorfreude auf etwas hat und denkt, gut, es kommt ein Bericht und dann kann man weiterfahren, muss ich sagen, die wichtigsten Punkte, die auch Diskussionsgrundlage an der Budgetsitzung im 2023 waren, also die Finanzierbarkeit und Tragbarkeit, werden vom Gemeinderat einfach unzureichend beantwortet. Deshalb herzlichen Dank an die FIREKO für die Klarstellung und das Aufzeigen, dass gewisse, wichtige Dinge nicht aufgezeigt werden.

Was mich im ganzen Bericht, in der ganzen Ausgangslage, schon recht erstaunte, ist, dass plötzlich ein neues System, dieser Holzsystembau, präsentiert wird. Nun fragt man sich einfach: Ist dies nun wirklich etwas Neues, was in den vergangenen Jahren entstand? Ich meine, wir sind seit fünf Jahren dran, und ich bin, glaube ich, auch seit fünf Jahren immer mehr oder weniger dabei – wir haben nie ein Wort über einen Holzsystembau verloren, der mehr oder weniger zu kostensenkenden Massnahmen führen und damit vielleicht auch vier Standorte ermöglichen könnte. Jetzt, ist es plötzlich da. Kam in der Vergangenheit oder in den vergangenen paar Wochen jemand vom Himmel herab und sagte, hör mal, ich habe ein neues System, wendet es an, es ist das Wunderallheilmittel, wir sparen alle Kosten ein? Ich muss sagen, es erstaunt mich schon, denn, wenn dies wirklich der Changer ist und wirklich diesen Änderungsfaktor hat, dann muss es doch besser begründet und dargelegt werden, was genau dahintersteckt. Da muss ich sagen, ich als Laie war schon recht überrascht. Ich lese etwas, okay, wir haben nun etwas, Kosten werden eingespart, plötzlich sind vier Standorte mehr oder weniger doch finanziell tragbar, wir können es tun. Aber auf welche Quelle man sich bezieht, weiss man nicht. Dies ist enttäuschend, es ist wirklich enttäuschend. Man hat sich für diesen Bericht doch auch wirklich Zeit gelassen, dann kann man auch erwarten oder muss man erwarten, dass mehr Fleisch am Knochen ist. Dies ist leider nicht der Fall.

Ich muss an dieser Stelle aber sagen, die Berichte von KBU und FIREKO sind gut, die haben trotz allem wirklich auch fundiert die wichtigsten Kernbotschaften aus dem Bericht des Gemeinderats herausgenommen, gut dargelegt und analysiert, was die wichtigen Sachpunkte sind. Ich muss sagen, bevor ich nun weiterfahre, etwas, was ich zuvor sonderbar fand, ist eigentlich die Aussage seitens Gemeinderats, dass man nun einen exorbitanten Überschuss im 2024 hat. Wir kennen aber gleichwohl keine Zahl. Wir wissen, okay, die Tragbarkeit ist nun gegeben. Ja, wie viel ist es denn? Kann man eine Zahl nennen? Ist mit diesem Überschuss gleich ein Schulhaus finanziert? Plakativ in den Raum gestellt: Ist es ein halbes Schulhaus? Wir wissen es nicht. Es passt genau zu diesem Holzsystembau, auch da werden wir einfach im Dunkeln gehalten, was genau dies bedeutet. Dies stört mich ein wenig an dieser Diskussion.

Was ist die Haltung der FDP-Fraktion zu den Anträgen der KBU und zu allem? Ich glaube, was wichtig ist, wir haben nie auf eine Richtung gesetzt, dass wir gesagt hätten, dies wird uns leider oft in die Schuhe geschoben, dass wir mal gesagt haben, wir wollen keine vier Schulstandorte. Wir haben immer gesagt, das Wichtigste ist die Finanzierbarkeit und die Tragbarkeit. Wir müssen um jeden Fall dagegen ankämpfen, damit keine Steuererhöhung stattfindet. Dies war auch der Grund, weshalb wir die Motion gestellt haben, mit der wir nach wie vor meinen, dass man sie nicht abschreiben kann. Sie ist

schlichtweg nicht beantwortet. Sie muss unbedingt weiterhin stehen bleiben, denn die Finanzierbarkeit und Tragbarkeit muss einfach sichergestellt werden, und es muss auch bewiesen werden.

Den Anträgen der KBU können wir im Grundsatz folgen. Es werden aber noch ein paar weitere Anträge kommen, zu denen Florian Spiegel wahrscheinlich noch mehr dazu sagen wird, gleich nach mir vielleicht, ich weiss nicht, wie die Rednerliste aussieht. Wir sind aber gespannt. Im Grundsatz ist es für uns eben wichtig, dass man jetzt vorwärtsmacht. Wir sind auch wirklich gespannt, wie der Überschuss aussieht, vielleicht hören wir heute noch eine Zahl, vielleicht auch nicht. Wir werden es bald erfahren. Schauen wir, wohin die Reise der Schulraumplanung weitergeht. Merci vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Jetzt hat jede Fraktion einmal gesprochen. Bevor wir zur allgemeinen Rednerliste übergehen, würde ich jetzt gerne bis 20.05 Uhr Pause machen, damit wir alle durchatmen können und vielleicht die eine oder andere Biopause vollbracht werden kann.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderäte. Darf ich euch bitten, alle wieder Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können? Danke schön. Gut, wenn wir alle wieder versammelt sind, fahren wir fort. Ich würde zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderats übergehen. Gemeindepräsident Franz Vogt hat mir bereits signalisiert, dass er noch eine Information hat. Danke schön, ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Vielen Dank. Geschätzter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen, liebe Einwohnerräte. Ich habe hier noch eine Pendezenz aus der letzten Einwohnerratssitzung, an der nach der Offerte für die Schulraumplanung durch das externe Büro, den externen Berater, gefragt wurde. Wir haben eine Offerte, die in der Höhe von 75'500 Franken, exkl. MWST, exkl. Reisespesen liegt, die andere von 33'000 Franken, exkl. MWST und exkl. Reisespesen. Es gab noch zahlreiche Zusatzaufträge, welche nicht Bestandteil der Offerten waren und auch nicht offeriert waren. Soviel dazu.

Ich habe noch eine zweite Information. Am 3. April – ich habe ein paar Karten auf den Tisch gelegt, ich hatte leider zu wenige, findet das Gewerbeforum 2025 auf dem Ziegeleiareal statt. Es wird um Anmeldung gebeten, wenn man hingehen möchte. Wer interessiert ist, kann teilnehmen.

Stephan Wolf, Präsident: Ich gebe das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt einen Prospekt vorliegend, und jene, die das Allschwiler Wochenblatt lesen, hatten diesen Prospekt bereits. Es geht um unser Museum. Wir werden nun in den Genuss kommen, dass es an Ostern eröffnet wird. Weshalb ausgerechnet an Ostern? Ostern sind diese Tage, an denen die Museen in der Schweiz die meisten Besucherzahlen des Jahres haben. Wir wollen schauen, wie es dann in Allschwil aussieht.

Noch zwei, drei Hinweise. Ihr habt gesehen, vielleicht jene, die mehr im Dorf zu Hause sind oder vorbeifahren, dass der Zaun ums Haus weggenommen wurde. Der Grund liegt darin, dass das Museum für alle offen sein soll, wie übrigens alle Riegelbauten in Allschwil nicht eingezäunt sind. Das Museum lädt also zum Vorbeikommen ein. Weiter wurde, dies haben sicher auch einige bemerkt, es war auch im Gemeinderat ein kurzes Thema, ein Schaukasten erstellt. Es ist ein Provisorium, das mit wiederverwerteten Schaltafeln erstellt wurde. Dort werden Flyer und Informationen zu den Veranstaltungen jetzt aufgelegt, man kann sich dort bedienen, also informiert euch! Wer nun aber selbst noch aktiv im Museum mitgestalten möchte, kann dies regelmässig machen. Man hat sog. Community-Treffen. Die finden einmal im Monat an einem Donnerstagabend statt. Man kann sich direkt bei der Museumsleiterin, Nadia Buser, anmelden. Es gibt auch eine E-Mail-Adresse: museumallschwil@allschwil.bl.ch. Ich

freue mich auf dieses Fest. Ich hoffe, ihr könnt euch dieses Datum ebenfalls reservieren, und wir können eine provisorische Wiedereröffnung des Heimatmuseums machen. Ich habe noch zusätzliche Prospekte hier. Falls ihr Interesse habt oder einen Briefkasten rechts und links in eurem Haus, in eurer Wohnung, werft doch dort noch ein Prospekt ein. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Gemeinderat Philippe Hofmann hat noch eine Information für uns.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich habe schon mehrmals an dieser Stelle über mögliche Herausforderungen und Schwierigkeiten im Zivilschutz informiert, die wir haben werden. Jetzt gibt es dazu, einen weiteren Schritt zu vermelden. Nämlich werde ich an einem Treffen am 28. April mit Frau Regierungsrätin Schweizer teilnehmen dürfen. Sie wird dazu eingeladen, damit wir einen Austausch inkl. Vertretern von anderen Regionen haben können. Ich bin sehr gespannt, was sie uns präsentieren wird. Dementsprechend werden wir von Allschwil uns vorbereiten. Wir werden uns aber auch mit dem Leimental und dem Laufental koordinieren, damit wir nicht mehr oder weniger dazukommen, sondern ein wenig was präsentieren können. Wir sind gespannt auf diesen Austausch. Ich freue mich natürlich auch darauf, anschliessend, später, dem Einwohnerrat wieder berichten zu können, was vorgefallen ist und ob man einen Schritt weitergekommen ist, sich vielleicht den Herausforderungen auf Stufe Kanton tatsächlich annähern kann. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Informationen des Gemeinderats? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir **weiter mit dem Traktandum 2** und kommen jetzt zur allgemeinen Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen-Rumo, Sie haben sich gemeldet.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich sehe mich leider gezwungen, die Zeit, die ich zuvor als FIREKO-Präsident eingespart habe, nun aufzuwenden, um ein paar Sachen zu klären, die offensichtlich doch nicht klar wurden. Ich beginne mit Glaskugellesen. Weshalb Glaskugellesen? Die FIREKO muss sich öfter gefallen lassen, dass sie sagt, wir müssen vermehrt in die Zukunft blicken. Die Antwort ist immer: Das ist Glaskugellesen! Alles, was wir in die weite Zukunft planen, ist ohnehin nutzlos, denn die Zukunft wird anders sein. Bislang hat auch der Einwohnerrat keine Initiative ergriffen, dies zu ändern. Wir sind also mit einem Planungshorizont von fünf Jahren zufrieden. Fünf Jahre! Das ist der Planungshorizont, den wir haben.

Wie wir zuvor von Franz Vogt gehört haben, unsere Anträge der FIREKO braucht es nicht, denn wir haben es in der allgemeinen Planung eingebaut, dass Massnahmen, welche die finanzielle Schieflage berücksichtigen, abgefangen werden. Dies mag für Beträge stimmen, die in diesem Raum bereinigt werden können. Es stimmt garantiert nicht für Beträge, die eben grösser sind, als dieser Raum. Wir haben viele von diesen Beträgen. Ich möchte euch daran erinnern, dass die Tragbarkeitsstudie davon ausgeht, dass man eben bei den Investitionen nicht unbedingt alles im Blickfeld hat. Die Tragbarkeit ist also davon abhängig, was man mit den anderen Investitionen ausserhalb des Schulraums macht. D. h. das Volumen ist nicht nur die Schulraumgrösse, es ist grösser. Man muss also in grösseren Blöcken denken.

Die FIREKO stellte schon vor Jahren den Antrag, man solle eine Risikoanalyse durchführen, damit wir es ein wenig besser steuern können. Der Einwohnerrat hat diesem zugestimmt. Der Gemeinderat ist weiterhin nicht in der Lage, immer noch nicht in der Lage, uns mitzuteilen, was die Risikoanalysen sind. Es fehlt, es fehlt seit Jahren, es wird nicht gemacht. Wir sind also immer noch zufrieden, dass wir Glaskugellesen nicht wollen und sagen, wir haben nicht genügend Instrumente, es besser zu machen. Dennoch finden wir hier Worte, die sagen, die Qualität ist Mist. Das geht doch nicht. Wir können nicht auf der einen Seite sagen, wir wollen kein Glaskugellesen, und andererseits sagen, wenn etwas über einen längeren Zeitraum geht, haben wir nicht genügend Information und deshalb ist dann die Information, die wir erhalten, schlecht. Das ist nicht stimmig.

Nun habe ich auch Voten gehört, die sagen: Ja, wir müssen den Schulraum über das Jahr 2040 hinaus planen. Ich versuchte zuvor, als FIREKO-Präsident anzuregen, dass man eben sagt, seid euch bewusst, wir haben jetzt einen Plan, der etwas realisiert, was im 2030 dann besteht, und im 2040 ist es laut heutiger Prognose notwendig, dass wir weitermachen. Damit wollte ich eigentlich anregen, dass wir eine **laufende Überprüfung der Langzeit-Grossinvestitionen** angehen, und nicht jetzt etwas aufstellen, was nach den heutigen Prognosen genügend Schulraum fürs 2050 ergibt, und wir im

2050 dann mit einem leeren Schulhaus dastehen, weil viele der Bauprojekte, von denen wir gedacht haben, sie würden umgesetzt, gar nicht stattfinden. Wenn wir nur daran denken, dass die Reorganisation des Binnerstrasse-Quartiers nicht so herauskommt, wie wir meinen, hat es einen anderen Einfluss auf die Schulzahlen. Dann stehe ich da mit einem leeren Schulhaus – was soll das? Es wäre verlockendes Geld für nichts.

Man muss wirklich daran denken, wir müssen uns permanent an das, was passiert, adaptieren und wie man es besser machen kann. Wie kann man es besser machen? Also im Voraus überlegen: Was tun wir, wenn? Deshalb noch einmal: Wir müssen die Risikoanalyse haben, um zu wissen, was wir riskieren, wenn wir etwas nicht investieren. Wir müssen die grossen Blöcke kennen, in die wir investiert werden. Dies macht jeder übrigens in seinem eigenen Haushalt auch. Ich ersetze ein Auto nicht, indem ich heute überlege, was ich morgen tue, sondern da muss ich schon ein wenig weiterdenken, ausser, ich habe Massen auf dem Konto. Haben wir Massen auf dem Konto? Wir haben jetzt eine juristische Firma oder zwei, drei juristische Firmen, die nicht einmal in der Lage waren, ihr Jahresergebnis für 2024 realistisch vorauszusagen. Ich kann euch garantieren, die Verwaltung geht und spricht mit den Grossbeitragenden an unseren Steuern, also den juristischen Beitragenden, die relevante Beiträge leisten. Sie werden befragt, was seht ihr voraus. Wenn wir nun plötzlich, wie wir gehört haben, zweistellige Millionenbeträge haben, dann ist es für alle eine Überraschung, insbesondere auch für diese Firmen. Wenn eine Firma derart fragile Voraussagen machen muss, wer sagt uns nicht, dass in drei Jahren dieselbe Firma dann sagt, jetzt sind wir bankrott. Ich möchte daran erinnern, welche Probleme Idorsia jetzt hat. Vor ein paar Jahren, als sie sich von J&J losgelöst hatten, haben wir gehört, uns geht es gut, wir haben ein super Portfolio, wir haben die und die Voraussagen für den Gewinn. Wir haben gesehen, sie haben es nicht realisiert.

Einfach hier zu sitzen und zu sagen, es sieht gut aus, wir müssen nicht weiter über unsere Nasenspitze hinaus planen – die Nasenspitze ist fünf Jahre – ist äusserst gefährlich, wenn man mit grossen Beträgen arbeiten muss. Es ist absolut okay, wenn man mit kleinen Beträgen arbeitet. Dafür sind diese fünf Jahre gedacht. Kleine Beträge kann man in diesem Zeitrahmen handhaben. Für grosse Beträge geht es einfach nicht. Wir müssen aufhören zu sagen, wir können alles perfekt vorausplanen. Wir müssen dafür planen, dass es Variationen gibt. Deshalb ist ein solcher Kredit, es ist kein Bericht, es ist ein Kreditantrag. Wir haben Ideen. Die KBU hat ausgearbeitet, was man an diesen Ideen noch verbessern kann, Zielsetzung für die Planung. Aber die Planung müssen wir vornehmen und wir müssen die Planung gleichzeitig absichern mit: Dies und das kann finanziert werden. Ich kann mir jetzt schon vorstellen, es wird jemand aus dem Gremium kommen und sagen, lasst uns doch zunächst überlegen, was wir ausgeben wollen, und dann überlegen wir, wie wir es finanzieren wollen. Finde ich eine tolle Idee, wenn wir viel Zeit haben. Wir haben festgestellt, wir haben nicht viel Zeit, und wir haben bereits viel Zeit «verbraten». Wenn wir dies tun, dann haben wir jetzt den Vorbereitungszeitpunkt, bis wir die Planung haben, danach haben wir, wie wir es finanzieren. Es dauert noch einmal ein paar Monate.

Im schlimmsten Fall kommen wir noch zum Schluss, ups, wir können es nicht finanzieren, was tun wir jetzt. Dann gehen wir wieder zurück an den Anfang. Wäre es vielleicht nicht sinnvoller, mehr aufzuwenden und zu wissen, wenn dies nicht stattfindet, können wir jenes machen? Dies ist es auch, was die KBU angeregt hat, nicht nur eine Variante zu überlegen, sondern es sind parallel, gleichzeitig mehrere Varianten zu überlegen sowie bereits für die Zukunft zu überlegen, was machen wir mit jenen Dingen, die wir nicht immanent sofort unternehmen müssen. Diese werden parkiert, der Plan wird hinterlegt und überarbeitet, wenn wir dann so weit sind. Immer erst dann planen, wenn es passiert, können wir uns einfach nicht mehr leisten, es sind zu grosse Beträge. Es ist unsinnig, es kurzfristig zu machen. Jetzt gebe ich es wieder zurück. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Besten Dank. Einleitend muss, glaube ich, gesagt werden, und dies hiess es auch schon von anderer Seite, drei oder vier Standorte waren auch von der bürgerlichen Seite her nie ein Diskussionspunkt oder besser gesagt, doch, es war eben ein Diskussionspunkt. Es war nie ein Diskussionspunkt, dass man von Beginn weg sagte, man wolle vier Standorte, man sei kategorisch nur für drei. Wir haben immer gesagt, und dies haben die Anträge auch mehrfach aufgezeigt, es muss finanzierbar sein. Ich glaube, das ist natürlich der Unterschied, bei dem sich die Geister bei gewissen Personen oder Ratsmitglieder scheiden, dass die einen auf etwas beharren und sich nicht überlegen, wie man es finanzieren kann, und die anderen sagen, jawohl, wir sind generell nicht abgeneigt, aber es muss aufgezeigt werden, dass es klar sein muss, wie es finanziert werden kann.

Was mich an diesem Vorstoss oder an diesem Bericht, oder wie man es nennen soll, wirklich stört, wenn man dann sieht, dass man am Schluss drei Motionen und ein Postulat als erledigt abschreiben will. Wer heute diese Postulate mit gutem Gewissen abschreibt, erfüllt das Paradebeispiel des Politikers, der sagt: Was interessiert mich das Geschwätz von gestern! Wir haben es zuvor mit den Diskussionen gehört, die wir im Dezember hatten, als man es mit Fanfaren und grossen Worten, die man sehr gut nachlesen kann, aus dem Budget gestrichen hat. Wir hatten am 27. oder 28. Februar noch einmal Diskussionen, wie auch x Monate zuvor.

Ich möchte gerne z. B. zu einer Motion, Variantenentscheid Schulraumplanung, EVP/GLP/Grüne, kommen, Antrag:

„Damit sich die Mitglieder des Gemeinderats und die Bevölkerung von Allschwil eine fundierte Meinung zur Schulraumplanung bilden können, wird der Gemeinderat beauftragt, die Schulraumplanung 2023/37 mit der aus seiner Sicht besten Variante für vier Schulstandorte gleichwertig der Variante 1A Standorte auszuarbeiten. Im Bericht zu dieser Ausarbeitung sind die Daten, Grundlagen und Überlegungen zu beiden Varianten detailliert, transparent und nachvollziehbar darzulegen.“

Dies war seinerzeit der Antrag. Dann hatten wir natürlich auch eine Diskussion dazu. Das war Traktandum 8 vom 27. Februar 2024, 28. Februar 2024. Da hatte Miriam Schaub richtigerweise gesagt:

„Lieber Präsident, liebe Anwesende. Mit dieser Motion wird der Gemeinderat beauftragt, zwei Varianten der Schulbauten zu planen, also sollen eine Variante für vier Primarschulstandorte und eine mit drei Standorten ausgearbeitet werden. Wir verstehen nicht, weshalb ein Projekt von solcher Grösse, mit solcher Wichtigkeit nicht in die Zuständigkeit oder zum Rat kommen soll.“

Und dann unten aufgezählt die Schwächen von vorher, weshalb es zuvor nicht gut war. Die Schwächen waren – und diese teile ich:

„1. Viele handwerkliche Mängel und grosse Ungenauigkeit der Schätzungen“

Da ist meine erste Frage: Was hat sich gegenüber heute geändert?

„2. Die Flexibilität und die Zukunftsaussichten der Strategie sind nicht gegeben.“

Teile ich. Was ist heute anders?

„3. Die Kosten und die Finanzierung wurden nur sehr ungenau diskutiert.“

Teile ich. Und was ist heute anders?

Des Weiteren sagt sie in ihrem Votum:

„4. Unterwegs hat man alle Anspruchsgruppen verloren.“

Dann frage ich: Was ist heute anders? Wenn ich als Ersatzmitglied der KBU an der einzigen Sitzung, an der ich als Ersatzmitglied war, erfahren muss, dass Schulrat, Primarschule und Sekundarschule nie mehr vom Gemeinderat zu diesem Thema, welches wir heute vorliegend haben, angehört wurden, und die KBU die Erste war, die sie an die Sitzungen eingeladen hat? Was ist denn nun anders? Wir haben sie verloren und jetzt haben wir unterdessen nichts mehr unternommen, aber jetzt ist es anders. Dasselbe hört man auch von Stellen aus der Verwaltung. Vor Monaten abgehängt worden, nie mehr Rücksprache gehalten. Ich meine, wenn die SVP solches Zeug aus der Verwaltung hört, dann muss es wirklich brennen. Denn wir sind nicht jene Partei, bei der generell zuerst die Türen eingearannt werden.

Dann hatten wir weitere Voten darin. Zum Beispiel hat Lucca Schulz gesagt, als es um die Motionen, Postulate und Gegenüberstellung ging, weil der Gemeinderat dannzumal gewisse übernehmen wollte und gewisse wollte er nicht übernehmen. Er nimmt dazu Stellung und sagt, es sei doch vom Gemeinderat absolut willkürlich und ein politischer Entscheid, wie er sich ausrichtet, mit diesen drei Standorten, obwohl die Faktenlage nicht stimmt. Und heute müssen wir uns anhören, dass auf einen Bericht hin, worin sich nichts ändert, der KBU-Präsident eingangs von seinem Votum sagen muss:

„Es war ein rein politischer Entscheid.“

In der damaligen Debatte äusserte Matthias Häuptli:

„Die Frage aber, ob man drei oder vier Schulhäuser baut, ist keine strategische Frage, sondern ein konkreter Sachentscheid. Dieser fällt in unsere Kompetenz. Es fällt ebenso in unsere Kompetenz, dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, drei oder vier Schulhäuser vorzuschlagen.“

Dann frage ich mich, wer heute die Motionen und das Postulat ernsthaft ablehnen kann. Dies waren die Voten von damals. Ich teile viele Voten. Es hat sich aber zu heute nichts geändert. Das ist meine Frage: Wo haben wir denn nun den Unterschied? Dann können wir in diesen Bericht rein. Wir haben zuvor gehört, dass man verlangt, dass es Daten und Fakten sind, die nachvollziehbar sind. Dann nehmen wir den Bericht des Gemeinderats und gehen auf Seite 8, das Fazit. Nachdem er zuerst aufzeigt, „Bewertung der beiden Varianten im Vergleich“ zählt er uns eineinhalb Seiten lang auf, wie er den Variantenentscheid treffen wollte. Dann schreibt er zuunterst, Fazit:

„Im Ergebnis zeigte sich damals, dass die beiden Varianten Dreierstandort mit total 25,1 Punkten und die Variante Viererstandort mit total 25,3 Punkte unabhängig der finanziellen Aspekte nahezu gleichwertig in Bezug auf die Bewertung der Bedürfnisse der Anspruchsgruppen und die Anforderungen an den Schul- und Betreuungsraum sind. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat erkannt, dass die Bewertung der beiden Varianten Schwächen aufweist oder nicht mehr der Realität entspricht.“

Er benötigt in diesem Bericht einen Satz, um eine Wende über den ganzen Standortentscheid zu vollziehen. Einen einzigen Satz. Es ist nirgends dargelegt, wie er daraufkommt. Nirgends. Es wurde auch kein Anhang mitgeliefert. Nichts, nirgends, nada. Ein Satz für eine 180°-Drehung.

Dann Seite 10. Da geht es um – er gibt da die Erläuterung der Kostenschätzung und auf Seite 10 äussert er sich noch über die Beurteilung der Tragbarkeit, die er heute noch etwas relativiert hat, aufgrund von Steuereinnahmenentwicklungen. Darin haben wir eben die „Reduktion des operativen Aufwands“, worin weiter unten schreibt, es müssten eben 8 Mio. sein – 8 Mio.! Wir diskutieren hier schon immer nur, wenn es darum geht, im operativen Aufwand auf der Verwaltung irgendwo 50'000 zusammenzusparen, dann hat man dort bereits das Gefühl, die bürgerliche Seite würde das Armageddon hervorrufen. Und der Gemeinderat, der heute, es tut mir leid, eine linke Mehrheit hat, schreibt ernsthaft in diesem Bericht, man könne 8 Mio. eventuell im operativen Aufwand einsparen.

Dann die Steigerung des Ertrags. Da lässt er sich aus, je nach Szenario bis auf ca. 5 % einer Steuererhöhung. Mark Aellen richtig gesagt, sich überlegen, wenn wir mit dieser Vorlage, mit dieser Steuererhöhung vors Volk gehen? Never – keine Chance. Dann haben wir nicht darüber gesprochen, wie wir es finanzieren könnten. Dann haben wir ja noch die Reduktion der Investitionstätigkeiten ausserhalb der Schulraumplanung, die wir immer wieder hier im Budget diskutieren, dass wir bereits heute einen Investitionsstau hatten, weil sie die Leistungen nicht runterbekommen, die sie müssten. Und hier spricht man wieder davon, Investitionstätigkeiten ausserhalb des Schulraumplans aufzustauen.

Dann die Reduktion der Erstellungskosten für den benötigten Holzbau, zu dem wir zuvor noch einmal zehn Minuten etwas dazu gehört haben, nur um darin lesen zu können:

„Die Reduktion der Baukosten ist in den strategischen Phasen des Planungsprozesses einhergehend mit einer Kostenermittlung mit einer Genauigkeit von +/- 25 % nur schwer qualifizierbar. Zu diesem Zeitpunkt sind Angaben zu Qualität, zu Material, zu Beschaffenheit, zu Bauabläufen etc. des Bauwerks bislang nicht definiert. Es gilt zudem zu berücksichtigen, wie sich eine derartige Bauweise auf die Nutzungsdauer und damit die Gesamtkosten auswirken wird.“

Man relativiert also das im Bericht, was man uns zuvor erzählen wollte. Sogar von den KBU-Mitgliedern wissen wir, dass es nicht wirklich nachverfolgt wurde. Wir wissen nicht, wie da ernsthaft Einsparungen vorgenommen werden sollen. Wenn man auch heute weiss, dass ein Holzbau je nach Situation keineswegs günstiger sein muss, sondern gleichwertig oder teurer sein kann. Dies aber sind die grossen vier tragbaren Massnahmen oder besser gesagt die grossen vier Massnahmen für die Tragbarkeit.

Im Weiteren haben wir Seite 13, Fazit der Finanzen. Nachdem wir aufhören zu lesen, wie einschneidend alles sein muss, schreibt der Gemeinderat:

„Ungeachtet diesen, teilweise einschneidenden Massnahmen muss festgehalten werden, dass die Gemeinde Allschwil im Grundsatz eine prosperierende Gemeinde mit einer soliden finanziellen Ausgangslage ist.“

Dies liest sich wie eine Anleitung zu einem Stand-up-Comedian-Programm. Muss ich klar sagen. Ich warte nur noch darauf, bis jemand den Antrag stellt, dass wir die Schüler das Schulhaus bauen lassen sollen, weil es dann bestimmt günstiger wird.

Zu den Finanzen und Steuereinnahmen sage ich nichts mehr. Danke schön, Mark, dies hast du zuvor mehr als ausführlich erläutert. Wenn man sich diesen Bericht mit diesen Einzelheiten wirklich mal verinnerlicht, was heute nach so langer Zeit hingelegt wird, nachdem was in diesem Rat erzählt wurde, was man alles möchte und was wir heute auf dem Tisch haben und darüber abschreiben will, dieser Bericht, der so viele Details, so viele Grundlagen, alles fehlt, wirklich alles, dann möchte ich auf ein Reglement gehen. Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionen, vom 20. Februar 2019, unter § 5, Entschädigung des Gemeinderats:

„Die Mandatsentschädigung beträgt pauschal pro Jahr: Mitglied Präsidium: 115'000. Vizepräsidium: 43'000. Übrige Mitglieder: 35'000. Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten folgende Sitzungsgelder: 40 Franken pro Stunde für Gemeinderatssitzungen. 150 Franken pro Sitzungen im Einwohner-rat. Für alle anderen Sitzungen analog § 10 wie bei uns, 40 Franken pro Sitzung.“

Jeder muss sich mit sich selbst im Gewissen sein, im Reinen. Ich als Gemeinderat hätte bei einer solchen Entschädigung gegenüber unseren Steuerzahlern ein schlechtes Gewissen, wenn ich ernsthaft einen solchen Bericht in ein Parlament bringe. Wenn die Leute draussen wüssten, was hier auf dem Tisch liegt und was die Entschädigungen für dieses Gremium sind – ich hätte gegenüber dem Steuerzahler ein schlechtes Gewissen. Ich weiss nicht, wie viel man bezahlen muss. Also, doch, jeder weiss, was er an Steuern bezahlt, wie viel man arbeiten und wie viel man bezahlen muss, um die Steuerbeiträge für diese Entschädigungen reinzuholen. Und dann müssen wir hier so etwas anhören. Ich finde, das geht nicht.

Dies ist auch der Grund, weshalb wir zusätzlich noch **Anträge** gestellt haben, die Fredy Rellstab jetzt bitte auflegt, weil wir einfach nicht glauben, dass es ohne begleitende Massnahmen zu einem guten Ziel kommt. Wenn alles, was zuvor erwähnt wurde, bin ich absolut einverstanden, es muss vors Volk. Wenn es vors Volk kommt, muss es „verheben“. Ob es drei oder vier Standorte sind, ist uns egal, solange es machbar und tragbar ist. Dies ist es, was wichtig ist. Für alles sind wir offen, aber es muss sauber gemacht sein. Genau daher würden wir eben, ihr alle könnt es lesen, zu den Anträgen der KBU Folgendes ergänzen:

- *Die Vorlage des Ausführungskredits beinhaltet den Antrag zum Standortentscheid für drei oder vier Standorte unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit ohne die Option einer Steuererhöhung.*

Also, dass er mit dem Ausführungskredit sauber dem Parlament hinlegt, wie es funktionieren soll. Drei oder vier Standorte, dass es ein ordentlicher Entscheid sein kann und nicht im Bericht steht, für vier Standorte braucht es 600'000 Franken und man dann implizit davon ausgeht, bei 650'000 Franken haben wir für vier Standorte einfach ja gesagt. Das ist doch nicht, wie man ernsthaft bei solchen Projekten in dieser Grössenordnung arbeiten kann.

Und der zweite Antrag:

- *Die Kommission für Bau und Umwelt wird für das Projekt der Planungsvorbereitung zur Umsetzung der langfristigen Schulraumplanung als Begleitkommission eingesetzt. Der Gemeinderat berichtet je quartalsweise sowie auf Wunsch der Kommission.*

Denn dieser Rat muss sicherstellen, dass, wenn es das eine Mal hier traktandiert werden soll und später vors Volk kommt, es «verhebt». Denn sonst, wenn wir so weitermachen, wie wir heute dastehen und wie es bis dahin ablief, geschieht nämlich genau das, dass wir zurück auf Feld 1 müssen, und wir dann wirklich ein grosses Problem haben, weil wir noch mehr hinten nachhinken. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Florian Spiegel, noch eine kurze Frage: Hast du noch ein zweites Exemplar dieser Anträge, damit ich es auch gleich auf meinem Tisch hätte?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Nein, es ist nicht das Original, aber ich kann es dir digital senden.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Nein, es ist nicht vorgeschrieben. Ich habe gedacht, es würde mir dann die Auslegeordnung erleichtern. Aber ich kann doch dann jenes von hinten nehmen. Dann möchte ich Mehmet Can bitten, die Rednerliste weiterzuführen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich wurde zuvor wörtlich zitiert, und ich habe gedacht, wir lassen es heute mit der Vergangenheitsbewältigung. Aber dann soll es so sein. Es wurde von den zwei Votanten seitens SVP-Fraktion in ganz vielen Worten dargelegt, dass das Ganze von Beginn weg schlecht war und es sich nichts geändert hat. Da kann man wirklich zitieren, ihr habt zuvor gesagt, es ist schlecht und es ist von Anfang an schlecht gewesen. Dies war euer Hauptpunkt. Wenn ich dies nun ernst nehme, und ich nehme ernst, dass ihr es schlecht findet und ihr sagt, es habe sich nichts geändert, dann bin ich einfach extrem erstaunt, dass eure Fraktion 2023 im Dezember, als wir einen Budgetantrag stellten, damit die Schulraumplanung, die damals geplant war, so nicht umgesetzt werden kann, sich dafür ausgesprochen hatte. Das ganze Konstrukt von wegen der Planung ist schlecht und es hat sich nichts geändert und wir sind nicht einverstanden, fällt eigentlich komplett in sich zusammen, denn 2023 seid ihr dafür gewesen. Der Unterschied zu 2023 und Februar 2024 ist, wir hatten damals überhaupt keine Grundlagen, wir hatten keinen Bericht. Der damalige Gemeinderat wollte in verschiedenen Budgetanträgen Fakten mit der Schulraumplanung schaffen und das Ganze auf diese Weise durchziehen, ohne ein Geschäft als Grundlage. Jetzt haben wir ein Geschäft als Grundlage. Es gab definitiv einiges an Verbesserungspotenzial, was von unserer Seite auch schon erwähnt wurde. Jetzt hier aber auf fundamentale Opposition zu machen, ist euer absolutes Recht, aber ich glaube, man muss es halt einfach auch als das taxieren. Allem Anschein nach würdet ihr ja den Anträgen der KBU zu diesem Kredit auch zustimmen.

Insofern kann ich es einfach nur noch einmal sagen: Die Position der SP-Fraktion hat Kollege Matthieu Dobler bereits sehr gut dargelegt. Und auch noch einmal: Wir sind a priori für den Viererstandort und natürlich ist für uns finanzielle Tragbarkeit auch essenziell. Wir sind, so lasse ich mich auch gerne beim nächsten Mal zitieren, auch nicht begeistert, wenn es eine Steuererhöhung geben müsste. Wir wollen sie prinzipiell nicht. Aber, und dies ist der Unterschied, der vielleicht nachher noch einmal zur Sprache kommt, sich von Anfang an nun bei den finanziellen Massnahmen Scheuklappen anziehen und sagen, diese Option wollen wir in keinsten Weise betrachten, ist auch nicht seriös und ist auch nicht rational. Deshalb kann ich nur noch einmal dafür plädieren, dass wir nun diesen Anträgen der KBU zustimmen und jenen der FIREKO oder Kollege Mark Aellen erwähnten, doch auch. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Gemeindepräsident Franz Vogt. Sie haben sich noch gemeldet.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Danke schön. Es wurde nun sehr viel gesagt und, Florian Spiegel, es ist klar, du bist der König der Polemik. Du hast jetzt aber ein wenig sehr dick ausgeholt, alles ist schlecht, was der Gemeinderat macht, das sind wir uns unterdessen gewöhnt, die Berichte sind alle schlecht, für nichts zu gebrauchen. Ich möchte aber tatsächlich an die Debatte im Dezember 23 erinnern, als es darum ging, als man ebendiesen Budgetbetrag abgelehnt hätte, damit man dies eben genau abgeklärt hat. Ohne Geld gibt es einfach nichts abzuklären, das ist einfach so. Der Einwohnerrat hat uns verboten, dies zu tun. Wir können nicht gemeinderätlich etwas genehmigen, wofür wir klar vom Einwohnerrat zurückgepfiffen wurden. Du kannst auch diese Debatte nachlesen, was ich dort gesagt habe. Man hat genau dies – ich habe mehrmals gesagt, es geht genau um die Abklärung. Das Hauptding ist das Schulhaus Neuallschwil, wofür wir für beide Dinge abklären müssen.

Dass die Schule keineswegs dabei gewesen sein soll, ist auch falsch. Die Schulleitung war immer in dieser Konsultativgruppe drin. Sie hat sich nicht in der konsultativen, in der Schulraumgruppe war sie drin. Sie hat sich auf eigenen Wunsch zeitweise herausgenommen, war aber stets über alle Entscheide unterrichtet.

Es liegt in der Natur der Sache, dass eine Prognose nicht genau ist. Sie sind immer mit Unsicherheiten verknüpft. Da könnt ihr euch auf den Kopf stellen und 100 Mio. ausgeben, ihr werdet keine

genauen Prognosen hinbekommen. Eine Prognose ist eben keine Berechnung, wie es Henry sagte, man kann es nicht berechnen. Man kann es prognostizieren und man kann es schätzen. Und noch einmal, es liegt auch kein Bauprojekt vor, zu dem man genaue Zahlen nennen könnte. Es sind immer Schätzungen. Es ist klar, auf dieser Stufe ist +/- 30 % oder +/- 25 %. Je näher man ans Bauprojekt kommt, desto genauer wird es. Am Schluss hat man die Rechnung. Dann hat man eine Schätzung von +/- null.

Natürlich, Henry sagt, er bezahle viel Steuern. Das freut uns ja sehr. Es muss aber einfach gesagt werden, dass die Kosten, welche die natürlichen Personen verursachen, bei weitem nicht decken. Wir haben jetzt diesen glücklichen Fall und es ist absolut unüblich, dass der Gemeinderat vorgängig informiert, wie der Rechnungsabschluss aussieht. Sie müssen sich vorstellen, weder der Gemeinderat hat es beschlossen, noch hat die FIREKO ihn gesehen, noch hat die Firma, welche von der FIREKO beauftragt ist, ihn geprüft. Es ist absolut unüblich, dass man es so macht. Es wird auch immer gefragt, wie hoch denn der Betrag tatsächlich ist. Ich kann sicher keine Zahlen nennen, aber er liegt in der Grössenordnung von einem Viertel des Projekts, von dem gesprochen wird. Natürlich kann man nicht nur die Schulraumplanung betrachten. Natürlich muss man auch alles andere anschauen. Selbstverständlich, und da gebe ich Mark Aellen recht, ist es aber tatsächlich so, dass die ach so schlechte Tragbarkeitsrechnung eben genau dies berücksichtigt, dass auch die Investitionen bis in den Zeitraum 2040 ca. genau auch ein Betrag drin ist, was dannzumal wird gemacht werden müssen. Es ist nun mal so, glaubt es mir, seit elf Jahren verfolge ich die Finanzen hautnah in der Gemeinde, und es ist nicht so, dass man grosse Wahlfreiheit hat, was man ausgibt. Ein grosser Teil ist nun mal einfach gebunden.

Dies gilt nicht nur für die Erfolgsrechnung, es gilt auch für die Investitionen. Man macht es nicht, weil es lustig ist, weil man sich etwas Tolles leisten kann, sondern ein Schulhaus müssen Sie in Gottes Namen einfach haben. Strassen erneuert man nicht nur, weil es lustig ist, und Wasserleitungen innen mit Gold auskleiden – nein, man macht, was notwendig ist, damit die Gemeinde funktioniert. Es gibt nichts wie: Wir machen da mehr, wir machen dort weniger. Einfach, wenn dann über diese Massnahmen abgelästert wird, die wir hier aufgelistet haben, genau die sind Gegenstand der einen Motion, dass man aufzeigt, was es heisst. Corinne Probst hat es schön gesagt: Es ist oft nicht sexy, wenn man etwas entscheiden muss. Das ist überall so. Es ist wirklich so und es muss eines Tages ein Entscheid vorliegen.

Ich erinnere euch daran, dass hier im Rat die Meinung vorherrschte, ihr müsst gar nicht mit einem Dreierstandort kommen, es ist die Quintessenz, wie es Lucca Schulz zuvor dargelegt hat, es ist die Quintessenz von eurem Entscheid, ich habe euch damals darauf hingewiesen. Es ist nicht so, dass wir ihn in diesem Bericht nicht abhandeln, sondern es sind mehrere Seiten lang. Es wurde aber kritisiert, er sei 26 Seiten lang. Ja – wir können auch hundert Seiten schreiben, wenn das besser ist. Am Schluss muss man gleichwohl entscheiden, Dreier- oder Viererstandort. Niemand möchte mir ernsthaft sagen, dass man auf einen Dreierstandort zurückrudern möchte. Der Dreierstandort hätte mit dem Kredit vom Dezember 23 zeigen können, was er kann. So konnte er halt nicht zeigen, was er kann und was er nicht kann. Jetzt sind wir hier, wo wir sind. Es ergibt nun keinen Sinn, jetzt noch einmal unnötig Zeit zu verlieren. Ich bitte Sie, diesen Anträgen des Gemeinderats und auch dem Antrag a) und b) der KBU zuzustimmen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte ohne auf die unnötige Polemik einzugehen versuchen, eine Antwort auf die Frage der beiden Votanten der SVP, was sich denn geändert hat, zu geben. Das ist in der Tat nicht ganz eine einfache Frage. Denn die KBU musste auch feststellen, dass die Fragen, die in den verschiedenen Vorstössen aufgeworfen wurden, so bis jetzt nicht beantwortet sind. Aber, wir haben uns auch darüber Rechenschaft geben müssen oder bewusst werden, dass es wahrscheinlich ein wenig überambitioniert war, was man wollte, dass man Antworten haben wollte, eine Sicherheit im Voraus in diesem Stadium vom Entscheid, wo wir sind, was das denn alles bedeutet, was man alles finanzieren kann, und das alles in einer grossen Kiste, die zwei Schulhäuser und einen Kindergarten umfasst, im Volumen von irgendwo um die 100 Mio. Franken. Ich glaube, es war ein wenig zu hoch gegriffen, dass man es will, nicht nur von den Vorstössen her, die es gefordert haben, sondern auch vom Anspruch der Strategie, die der Gemeinderat veranlasst hatte.

Die Antwort der KBU darauf ist, dass wir versucht haben, das Ganze herunterzubrechen und in Schritte aufzuteilen. Damit man sagt, jetzt müssen wir vorwiegend mal die Weichen für den

zusätzlichen Schulraum stellen, indem man den Entscheid fällt, dass man dort vorrangig auf dem Bettenacker etwas planen will. Wenn man es weiterplant, wird man sehen, was es tatsächlich kostet. Die Kostengenauigkeit wird im Laufe eines Projekts immer grösser. Man muss es zu einem gewissen Stand vorantreiben, damit man es genauer weiss. Davon hängt bei diesen +/- 25 %, die wir heute haben, was hinsichtlich der Genauigkeit der Kostenschätzungen wahrscheinlich noch optimistisch ist ... – es wird sich einengen und dann sieht die Tragbarkeit vielleicht besser aus, vielleicht sieht sie aber komplett schlechter aus.

Das Wichtige ist, dass man in den weiteren Schritten der Projektierung immer die Möglichkeit haben sollte, die Reissleine zu ziehen oder Weichen anders zu stellen. Wir glauben, dass mit den Anträgen, die wir als KBU stellen, diese Möglichkeit besteht. Deshalb finden wir es auch vertretbar, dass nun die Antworten, so wie sie mal gefordert wurden, nicht vorliegen. Wir möchten daher eben nicht die ganze Vorlage noch einmal auf eine Runde schicken, sonst kommen wir nicht vom Fleck und drehen uns ewig im Kreis. Das können wir nicht. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Das mit der Redezeit ist heute ein Problem. D. h. heute versuche ich, mich kurz zu halten. Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir den Stand und die Situation des Projekts uns wieder einmal vornehmen und im Auge behalten. Das ist mit Abstand das grösste und wichtigste Projekt der Gemeinde überhaupt. Nicht nur von der Legislaturperiode, sondern in der Geschichte von Allschwil insgesamt. Gleichzeitig sind wir auf eine Art in Vorbereitung der Vorbereitung. D. h. es gibt ohnehin eine Menge Unbekanntes und Unplanbares. Ich glaube, viele verlangen jetzt mehr Details, als schlicht in dieser Phase möglich sind. Aber ohne Geld geht es einfach nicht weiter. Es ist sicher eine Enttäuschung, dass wir nun ein Jahr lang auf die Vorlage gewartet haben, in welcher eigentlich nicht viel drinsteht. Jetzt müssen wir aber einfach weitergehen. Sonst drehen wir uns ewig im Kreis. Danke, Matthias, du hast es auch schon erwähnt.

Deshalb ist es für mich wichtig, den Einwohnerrat auch als ein Team zu sehen. Wir alle haben dasselbe Ziel, das Wohl von Allschwil. Deshalb sollte es doch jetzt möglich sein, dass wir alle in uns gehen und überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, dass der Rat auch lösungs- und zielorientiert wird. D. h. für mich: Jede und jeder hier kann sich mal überlegen, ob er nicht ein wenig von sich, von seiner eigenen Position oder von seiner Meinung hergibt, denn insgesamt nützt dies dann Allschwil und der Bevölkerung. Also nicht einfach mit einer knappen Mehrheit, die sich gegenüber einer knappen Minderheit durchsetzt, das Thema durchzudrücken, sondern dass wir nun versuchen, die verschiedenen Inputs aus dem Rat zusammenzunehmen und so die Vorlage mit den notwendigen Änderungen ins Ziel bringen, damit wir einen Grossteil des Rats dabei haben. Genau das, wofür ich zuvor zitiert wurde; während der Diskussion im 2023 sind alle vom Karren gefallen. Das müssen wir einfach verhindern, wir müssen alle dabei haben.

Diese Vorlage ist viel zu wichtig, als dass man nun hier mit 21:19 oder was auch immer, überhaupt Entscheide durchsetzen kann. Für mich wäre es wirklich ein Zeichen, wenn wir nun die ganze Debatte als Team abschliessen könnten. Ein Team, welches ein Ziel hat, nämlich das Wohl der Bevölkerung von Allschwil, und dass wir nun ein wenig aufhören, vielleicht zurückzuschauen, einander Dinge vorzuwerfen, zu zitieren, oder uns gegenseitig an den Pranger zu stellen. Deshalb wünsche ich mir, dass der Rat die Version der KBU, die Anträge der FIREKO und die Ergänzungsanträge da oben annimmt. Nach meiner Meinung ergänzen sie sich alle und sie widersprechen sich auch nicht. Wir können alle Anträge miteinander annehmen, der Gemeinderat und die Verwaltung können weiterarbeiten und eine sinnvolle Vorlage erstellen, worin wir dann einfach über Fakten diskutieren und nicht über Visionen oder Strategien, sondern über ein konkretes Projekt. Das ist es, was die Bevölkerung will. Sie will nicht, dass wir uns hier in der Vorbereitung der Vorbereitungsphase die Hände auf den Rücken binden und nicht weitermachen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen zum Zweiten!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Zum zweiten und zum letzten Mal. Ich muss trotzdem meine Chance, gerne später noch einmal etwas zu sagen, nutzen, denn ich glaube, es gehen viele von falschen Voraussetzungen aus. Diese Sonderlage ist nicht ein Bericht. Diese Sondervorlage ist das, was wir verlangt haben. Wir haben im 2023 ihre Vorlage abgeschmettert und haben gesagt, ihr seid auf drei Standorte ausgerichtet, wir wollen das nicht. Wir wollen, dass ihr zuerst die Sache klarlegt. Der Rat hat dann klar gesagt, mit welchem Geld wir das machen sollen. Dass der Rat nun ein Jahr benötigte,

um eine Sondervorlage zusammenzustellen, mit der man den nächsten Schritt gehen kann, ist zwar bedauernswert, es ist aber das, was jetzt geschieht. Wir haben hier nicht das finale Projekt, sondern wir haben eine Vorplanung. Diese wurde ausgeschrieben und wir haben Vorschläge von der KBU erhalten, wie man es noch zielgerichteter machen kann.

Ich glaube, es sind alle hier einverstanden, dass wir den Betrag sprechen. Das ist gar nicht mehr das Problem. Ich glaube, diese Dinge, die wir effektiv diskutieren, sind: Wie sichern wir ab, dass der Plan, der nun erstellt wird, zielgerichtet ist. Deshalb setze ich mich dieses Mal übermässig ein und rede auch viel, und ich entschuldige mich dafür. Wenn wir aber den finanziellen Aspekt hinausschieben, dann gefährden wir, dass wir den Schulraum rechtzeitig realisieren. Diese Dinge müssen gleichzeitig getan werden. Deshalb bin ich gänzlich gleicher Meinung meines Vorredners, wir sind uns bei den meisten Dingen einig, aber gewisse Dinge sollten wir einfach nicht unter den Tisch schieben. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Jetzt haben wir Herrn Niggi Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Nein, Danke schön, ist gut. Es hat sich ergeben.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Dann wäre Herr Florian Spiegel an der Reihe.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich danke auch zum zweiten und letzten Mal. Danke schön für das Votum mit dem König. Aber, Franz, nachdem wir den König von Allschwil hatten und dann zur Kaiserin von Allschwil geworden sind, verorte ich das Monarch-Problem eher im Gemeinderat und weniger im Einwohnerrat. Ich bin absolut einverstanden mit dem, was du wegen der Budgetanträge gesagt hast. Es ist aber genau das, was du, Mark, zuvor erwähnt hast. Als wir die Budgetantragsdiskussionen hier hatten, war es genau die SVP, die genau dies monierte, dass man es eben nicht streichen soll. Wir haben genau dort gesagt, man kann es drin lassen und man kann es auf vier Standorte ausweiten. Man kann beides betrachten. Genau, wir und, ich glaube, einige der FDP sind im Protokoll auch erwähnt, wollten es aus diesem Grund nicht herausgestrichen haben. Weil wir jetzt genau da sind, wo wir im Dezember 23 prognostiziert haben. Auch wenn man sagt, man soll nicht in die Vergangenheit blicken, aber diesen Speck möchten wir schon gleich erwähnt haben. Wir haben gesagt, streicht es nicht raus, wir können es gerne mit vier Standorten hereinnehmen, dass man beides sauber plant, aber nicht herausstreicht. Patrick Kneubühler hat es gesagt, ich habe es gesagt und Urs Poživil hat es gesagt. Und man hat es herausgestrichen, und heute stehen wir da. Dies war genau der Grund, weshalb wir gesagt haben, streicht es nicht raus!

Und ich habe nicht gesagt, die Schulleitung, ich habe gesagt: der Schulrat Primarschule und der Schulrat Sekundarschule. Wenn du mir zeigen kannst, wo diese von euch noch einmal eingebunden worden sind, dann nehme ich es so auf. Dann sage ich auch, es wäre falsch gewesen. Aber es kam von beiden, dem Schulrat Sekundarschule und Primarschule, an der Sitzung zurück, sie seien nicht mehr eingebunden worden. Punkt. Das ist so. Es ist das, was in der Kommission gemeldet wurde.

Genau noch zu dir, Lucca Schulz, wegen der Fundamental-Opposition. Genau das machen wir nicht. Wenn wir heute Fundamental-Opposition machen würden, wären wir gegen diese Anträge gewesen, wir wären gegen diese Sondervorlage gewesen, oder wir hätten versucht, dass man es mit einem Behördenreferendum bereits vors Volk bekäme. Genau dies machen wir eben nicht. Also kann man nicht von einer Fundamental-Opposition sprechen, weil wir eigentlich genau das wollen, was Christian Jucker zuvor treffend sagte, die Anträge, die von der KBU, von der Finanzkommission und unsere Ergänzungsanträge auf dem Tisch liegen, möchten wir alle unterstützen, damit sie alle durchkommen, und wir auf diese Weise die Sondervorlage als Ganzes unterstützen können. Es ist keine Fundamental-Opposition. Denn dies wollen wir eben genau nicht.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil zum Zweiten!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich mache es relativ kurz. Wir haben nun viel über die Vergangenheit gesprochen und auch, dass gewisse Dinge wie ein Dreierstandort bereits abgeschrieben wurden, was der Gemeinderat erwähnte. Ob es gut ist oder schlecht, kommentiere ich nun nicht. Was mir aber wirklich wichtig ist: In der ganzen Schulraumplanung haben wir sehr viele Erkenntnisse erhalten. Wir haben riesengrosse Excel-Files mit der Punktvergabe erstellt. Ob die Punktvergabe richtig ist oder falsch, sei jetzt dahingestellt. In dieser Planung wurden viele gute Dinge auf den Tisch gebracht. Z. B. auch, dass gewisse Gebäude nicht sehr für deren Nutzung geeignet sind, wäre z. B. jenes an der Baslerstrasse 255. Ich glaube, es ist wichtig, dass

man diese Punkte, die man daraus gelernt hat, in der weiteren Planung verfolgt und nicht einfach sagt, hoppla hopp, wir schmeissen es über den Haufen, sondern wir entscheiden uns nur noch für drei oder vier. Wirklich – schaut, dass die Punkte, die wir sauber ausgearbeitet haben, auch wirklich berücksichtigt werden! Denn in der Diskussion der vorangegangenen Minuten, Stunden, spürte man ein wenig heraus, dass es vielleicht ein wenig unter den Teppich gekehrt wird und in einem Mistkübel landet. Wie auch immer. Ich glaube, dies wäre falsch und schade, denn es wurde sehr viel Arbeit reingesteckt und es kamen dabei wirklich auch gute Dinge heraus. Es ist gut, aber nehmt euch dies zu Herzen, damit es wirklich weiterverfolgt wird. Merci vielmals.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler zum Zweiten!

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Merci vielmals. Wir nehmen die ausgestreckte Hand von Christian Jucker im Sinn einer echten Kompromissfindung sehr gerne entgegen. Wir haben einen kleinen Pferdefuss bei dieser ganzen Sache. Und zwar: Der vorliegende Ergänzungsantrag, also Punkt d), läuft den Anträgen der KBU in diesem Sinn entgegen, als dass dort drei oder vier Standorte drinstehen. Die KBU hat mit ihren Anträgen klar aufgezeigt, dass es das Bettenacker jetzt zügig benötigt. Ich glaube, wir sind oder herrscht mehr oder weniger Einigkeit darüber, dass es so ist. Dieser Antrag läuft dem genau entgegen. Ich möchte in diesem Sinne die Antragstellenden anfragen, ob sie bereit sind, «drei oder» zu streichen. Merci.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Danke vielmals, Mehmet Can. Ich schlage vor, ich gebe Florian Spiegel nachher die Gelegenheit, zur Anfrage von Simon Trinkler Stellung zu nehmen. Ich würde nun den Rat noch gerne anfragen: Wird noch zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht? Ist das der Fall oder nicht der Fall? Es meldet sich zumindest niemand. Damit stelle ich fest, dass keine abschnittsweise Beratung gewünscht ist, und wir würden zu den Anträgen übergehen, und ich würde mir erlauben, zuvor noch eine Auslegeordnung vorzunehmen und Florian Spiegel oder Henry Vogt, wem auch immer von der SVP-Fraktion, Gelegenheit zu geben, auf den Vorschlag von Simon Trinkler zu antworten. Henry Vogt, du hast das Wort.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich würde gerne um eine kurze Pause, zwei, drei Minuten, bitten, damit wir es besprechen können.

Stephan Wolf, Präsident: Das finde ich sehr sinnvoll. Wir machen ein Time-out von, sagen wir fünf Minuten, bis 21.10 Uhr.

TIME-OUT

Stephan Wolf, Präsident: Ich weiss nicht, benötigt ihr noch ein längeres Time-out? Sonst würde ich euch bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir fortfahren können. – Gut, bevor wir nun zur Auslegeordnung der Anträge kommen, möchte der Gemeinderat Christoph Morat gerne noch etwas sagen. Ich gebe dir das Wort.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank fürs Wort. Wir haben eine Folie zum Auflegen auf den Visualizer nach hinten gegeben. Auf dieser Folie sehen Sie in den verschiedenen Spalten von links nach rechts die Baukosten und wie sie stets präziser werden. Aktuell befinden wir uns in der strategischen Planung, gemäss der SIA-Phase ist es die Elf, das ist der *Level of Definition 0*, da liegt die Kostengenauigkeit bei ungefähr 30 %. Es geht um eine Schätzung des kompletten Finanzbedarfs. Da stehen wir im jetzigen Augenblick.

Wie Sie bereits mehrfach gehört haben, bewegen sich diese Schätzungen des Finanzbedarfs für die Schulhäuser zwischen 80 und 100 Mio. – erst einmal vorsichtig geschätzt. Was wir jetzt möchten, ist, den nächsten Schritt zu machen, und zwar in die nächste Spalte, *Vorstudie*, resp. in die übernächste Spalte, *Projektierung*. Dort sind wir dann beim Vorprojekt. Im Vorprojekt können wir Ihnen viel mehr, viel Genaueres zu den Kosten sagen. In der Vorstudie schauen wir mal an, was alles überhaupt möglich ist. Dies wäre dann der *Level of Definition 1.00*, und in der Projektierung Vorprojekt wäre es, in der

SIA-Phase 31, der *LOD 2.00*. Dort wären wir dann bei einer Kostengenauigkeit von 15 %. Dies ist auch das, was wir schon lange einmal mit dem Einwohnerrat abgemacht hatten, dass Sie über eine Kostengenauigkeit von 15 % mitentscheiden können. Es ist immer +/-.

Wenn wir nun die zweitunterste Zeile, *Ablauf nach Planungsphase / strategische Planung*, ansehen, liegt die Kostenabweichung zwischen 30 und 50 %. In der strategischen Planungsphase sind die Details noch unklar. Deshalb gibt es nur eine sehr grobe Kostentendenz. Abweichungen von 30 %, bei mehreren Definitionslücken bis 50 %, sind möglich. Bei einer Vorstudie wissen wir bereits etwas mehr. Dort können wir es auf +/- 25 %. In der Vorstudie werden erste Entwürfe, Flächenstudien mit niedrigem Detaillierungsgrad, gemacht. Wir bekommen eine bessere Vorstellung davon, wie das Projekt aussehen wird. Die Kosten sind immer noch geschätzt, aber die Abweichung ist geringer.

Beim Vorprojekt, da wären wir bei der Projektierung, wäre dann: Während der Projektierung werden konkrete Raumlayouts entwickelt. Die Kostenberechnung wird genauer. Die Abweichung beträgt noch bis 15 %. Dorthin wollen wir mit den 650'000 Franken, wenn möglich, für beide Schulhäuser. Dies war die Schätzung.

Wie man auf die 650'000 Franken kam: Wir haben schlichtweg den Betrag von damals 350'000 Franken knapp verdoppelt, weil wir ja von zwei Schulhäusern sprechen. Der erste Projektierungskredit im Dezember 23 war 350'000 Franken, mit welchem uns der Einwohnerrat zurückgeschickt hatte. Jetzt haben wir es einfach knapp verdoppelt, weil wir an zwei Orten solche Studien durchführen müssen. Von da kommen die 650'000 Franken. Wenn man nun natürlich im Antrag der SVP um einen Ausführungskredit spricht, dann sprechen wir bereits wieder von der nächsten Phase. Wir müssen Geld für die Planung haben, damit wir die genaue Planung vornehmen können, und die Ausführung kommt dann von da. Mit dem Wort Ausführungskredit wäre ich jetzt ein wenig vorsichtig. Ich möchte eigentlich vorher schon wissen, und ich nehme an, ihr alle hier möchtet auch vorher wissen, ob es um drei oder um vier Standorte geht. Vermutlich geht es um vier Standorte. Denn das ist mittlerweile gewisser Konsens geworden. In diesem Sinn, denke ich, kann man über den Antrag d) der SVP trefflich streiten, ob es der Ausführungskredit ist. Es ist der falsche Ausdruck. In meiner Terminologie benötigen wir dort noch einen Planungskredit.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Ich habe es bereits bei der handschriftlichen Änderung des Kredits gesehen, aber einfach zu Händen des Protokolls: Die SVP-Fraktion oder nicht nur die SVP-Fraktion, es ist doch ein fraktions-disziplinärer Antrag, wenn man es so betrachtet, hat sich schon bereit erklärt, in lit. d) das Wort *Ausführungskredit* durch das Wort **Planungskredit** zu **ersetzen**. Ist das richtig, Florian Spiegel? Er nickt mir zu, insofern darf man diesen Antrag als in diesem Sinn abgeändert betrachtet. Das ist auch hinten bereits handschriftlich vermerkt.

Ich würde nun gerne zur Auslegeordnung kommen, bevor wir dann zu den Abstimmungen kommen. Mir liegen jetzt, wenn ich es richtig gesehen habe, verschiedene Anträge vor. Einerseits die Anträge des Gemeinderats, wir haben die Anträge der Kommission für Bauwesen und Umwelt, wir haben Anträge der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und wir haben den Antrag von mehreren Fraktionen auf Ergänzung des Antrags Nr. 1 der KBU. So wie ich es sehe, bitte korrigiert mich, wenn ihr es anders seht, schliessen sich die Anträge nicht unbedingt aus, sondern vielmehr ergänzen sie sich. Dies wäre bei der Ausmehrung der Anträge vielleicht noch wichtig zu wissen.

Wenn ich den Gemeinderat richtig verstanden habe, hat er zuvor gesagt, er schliesst sich den Anträgen der Kommission für Bauwesen und Umwelt Ziffer 1 lit. a) und b) an und möchte lediglich lit. c) nicht beschlossen wissen. Ist das richtig und kann ich dann davon ausgehen, dass der Ingress des Antrags 1, der ein unterschiedlicher Wortlaut hat, dass der Gemeinderat sich diesem Wortlaut der KBU anschliesst, dass also: «*Der Einwohnerrat genehmigt einen Planungskredit im Umfang von 650'000 Franken inkl. MWST für:*» auch der Antrag des Gemeinderats wäre? Ist es richtig? Dann müssen wir die schon mal nicht einander gegenüberstellen, dann reicht es, wenn wir über die Anträge der KBU abstimmen.

Dann haben wir noch die zwei Ergänzungsanträge diverser Fraktionen zu lit. d) und e). Diese würde ich einfach noch separat abstimmen lassen bei Antrag 1 der KBU. – Ich gebe dir nachher gleich das Wort, Matthias.

Dann haben wir noch die Anträge der FIREKO. Wenn ich sie richtig verstehe, ist der Antrag b) eigentlich ein Gegenantrag vom Antrag Nr. 4 des Gemeinderats. Ist das richtig? Dann würden wir ihn dort gegenüberstellen. Und die anderen beiden Anträge a) und c) fasse ich als Ergänzung der bisherigen

Anträge auf. Ist das richtig? Kopfnicken von Mark Aellen. Da würde ich vorschlagen, dass wir diese einfach in eine Ziffer 2 überführen würden, und alle anderen Ziffern sich jeweils um einen Posten verschieben. Nun ist die Frage: Kann man über a) und c) der FIREKO-Anträge gemeinsam abstimmen oder sollen es zwei Ziffern werden? Wenn du dazu noch kurz was sagen könntest, Mark Aellen, wie du es siehst.

Mark Aellen, FIREKO-Präsident: Sie sind eigentlich separiert.

Stephan Wolf, Präsident: Sind separiert! Dann würden sie zu Antrag 2 und 3 werden und die folgenden sich jeweils verschieben. Matthias Häuptli hat noch das Wort gewünscht, ich gebe es dir.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zur Klarstellung vielleicht noch etwas zu den Anträgen sagen. Es ist offenbar nicht allen ganz klar, was man mit den Anträgen eigentlich entscheidet und was man nicht entscheidet. Die KBU hat gesagt, als sie die Anträge formulierte, wir sind irgendwo an einem Punkt, an dem wir als Einwohnerrat mal entscheiden müssen, was wir wollen, wo man eine Richtung vorgibt. In diesem Sinn ist natürlich der Antrag 1 a) der Standortentscheid im Sinn von: Wir wollen, dass man dort mal ein Schulhaus bauen kann. Ein solcher Entscheid, den man im Rahmen eines Planungskredits fällt mit relativ wenig Geld, welches erst einmal eben für Vorprojekt, Vorstudie – dazu komme ich noch – reicht, ist natürlich immer nur ein provisorischer, den kann man umstossen, sobald es um die nächste Projektphase geht, in der man wieder Geld beantragen muss. Die Idee ist schon, dass man damit mal eine Richtung vorgibt und nicht immer wieder dieselben Fragen wählt. Natürlich, aber die Frage der Tragbarkeit ist eine, die einen immer begleiten muss, die man immer weiterverfolgen und schauen muss, wo man steht.

Im Sinn der Ausführungen des Gemeinderats bezüglich Projektphase, ich glaube, im 1. a) ist schon die Meinung, dass man Richtung Vorprojekt geht, während man im 1. b) bei der Auslegeordnung sind wir wahrscheinlich bereits das nächste Mal noch in Vorstudie, die man zu diesem Thema machen müsste, damit man die notwendige Breite hat, bevor man so konkret wird, dass man ein Vorprojekt hat. In diesem Sinn war die Meinung der KBU nicht, dass man beides in demselben Tempo parallel vorantreibt, sondern dass man die Aufteilung beider Projekte, also des Gesamtprojektes in Teilprojekte relativ bald einmal vornehmen muss, damit man mit unterschiedlichen Tempi vorwärtsgeht.

Ich möchte auch noch etwas zu den Optionen in Antrag 1. a) sagen. Eine Option ist nicht dasselbe wie eine Variante. Es geht also nicht darum, dass man im nächsten Schritt einfach die Variante mit oder ohne Musikschule oder mit 18 oder 24 Klassen vorlegt, sondern es ist würdig gemeint, eine Option, die man weiterentwickelt im Sinn von: Man bringt das Projekt auf den Stand, damit man irgendwo sagen kann, okay, die Option wollen wir nicht jetzt, aber man kann sie später ausüben. Es kommt dann natürlich darauf an, man wird dann schauen müssen, zu welchem Zeitpunkt geht man wie weit mit den Optionen, muss man einfach gewissermassen schauen, dass etwas anschlussfähig ist oder noch Platz ist, oder muss man bereits weitergehen und konkreter planen, dann aber z. B. vorläufig einfach nicht umsetzen, aber die Pläne hat man schon. Dies ist dann ein Entscheid, dies muss dann der Gemeinderat weiterschauen. Es ist aber nicht im Sinn von: Wir wollen jetzt einfach eine Variante und wollen im nächsten Schritt dann entscheiden, ob wir es machen oder nicht, und dann fallen lassen, wenn wir es nicht machen wollen, sondern man soll sich dies als Option in jedem Fall mal noch weiterhin offen behalten und weiterverfolgen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist dies keine Änderung des Antrags, sondern nur eine Erläuterung dazu. Das Wort hat Miriam Schaub.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich bin nun etwas irritiert, lieber Präsident, weil du jetzt mit den Anträgen des Gemeinderats und Eventualabstimmungen kommst. Denn ich dachte, dass wir gemäss Geschäftsreglement eigentlich über die Anträge der Kommission abstimmen. Und nur wenn jemand wieder den Antrag des Gemeinderats will, müsste jemand einen Antrag stellen. Bin ich falsch?

Stephan Wolf, Präsident: Nein, du bist nicht falsch. Aber es ist der Grund, weshalb ich den Gemeinderat gefragt habe, ob er es gleich in demselben Wortlaut machen kann, denn dann erübrigt sich die Diskussion von vornherein. Also wir stimmen nachher ab über Ziffer 1. und dann wird über jede Litera, a), b), c), d), e) separat abgestimmt. Dann kommt Antrag 2 der FIREKO, das ist das, was im Bericht als A formuliert ist. Der Antrag 3 – ich verlese sie dann nachher noch einmal alle – wäre der Antrag c) des FIREKO-Berichts. Dann gehen wir einfach weiter in der Reihenfolge. Dort liegen dann nur noch,

mit einer Ausnahme, die Anträge des Gemeinderats vor. Die Ausnahme ist die Motion 4710, für die ja der Gegenantrag der FIREKO unter lit. c) im Bericht vorliegt. Da alles etwas kompliziert ist, habe ich nun versucht, es in eine Reihenfolge zu bringen, damit wir sauber darüber abstimmen können. Das Wort hat Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Auch nur schnell als Frage, damit man sieht ... – jetzt hast du mich verwirrt – nein, Spass! Ich verstehe es eigentlich so. Bei jenen, welchen der Gemeinderat gleicher Meinung ist wie die KBU, braucht es nur eine Abstimmung, wenn jemand einen Gegenantrag festhalten will. Bei allen anderen Anträgen müsste es eigentlich auch so sein, dass, nur wenn jemand der Meinung ist, dass man den Antrag nicht unterstützen kann, wir dann abstimmen müssten. Sonst werden eigentlich alle ohne Abstimmung überwiesen, weil sie sich eben nicht ausschliessen, sondern ergänzen. Richtig?

Stephan Wolf, Präsident: Genau. Formell stimmen wir nun trotzdem über die Anträge ab, und man kann jetzt mit Ja oder Nein stimmen. Gut.

Antrag 1. der KBU

Der Einwohnerrat genehmigt einen Planungskredit im Umfang von 650'000 Franken inkl. MWST für:

Dies wäre der Ingress. Wer damit einverstanden ist, möge bitte jetzt die Karte erheben. Ich glaube, das müssen wir nicht auszählen.

://:

Das ist **einstimmig**.

lit. a) *Planungs- und Projektierungsarbeiten betreffend ein Schulhaus für 18 Klassen auf der Parzelle A-685 (Bettenacker) mit den Optionen (1) zur Erweiterung auf 24 Klassen und (2) zur Erweiterung um ein Kombigebäude für die Musikschule*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben.

://:

Das ist auch **einstimmig**.

lit. b) *Erarbeitung von verschiedenen Varianten für den Neubau, die Sanierung und/oder Erweiterung des Schulzentrums Neuallschwil unter Berücksichtigung von pädagogischen, sozialen, ökologischen, finanziellen und städtebaulichen Aspekten im Rahmen einer Gesamtbeurteilung bestmöglicher zukünftiger Nutzungsoptionen der Parzellen A-484 und A-485, unter Einschluss des möglichen Rückbaus von Bestandsbauten*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben.

://:

Auch dies ist **einstimmig**.

lit. c) *Planung von kurzfristigen Schulraumprovisorien*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte die Karte erheben.

://:

Auch dies ist, soweit ich sehe, **einstimmig**.

lit. d) *Die Vorlage des Planungskredits beinhaltet den Antrag zum Standortentscheid für drei oder vier Standorte ...*

– Entschuldigung, dies ist gestrichen, ist an mir vorbeigegangen. Ich lese noch einmal von vorn vor:

lit. d) *Die Vorlage des Planungskredits beinhaltet den Antrag zum Standortentscheid unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit ohne die Option einer Steuererhöhung.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Dies ist nun nicht einstimmig, deshalb möchte ich die Stimmenzähler bitten, auszuzählen. Wer gegen lit. d) ist, möge bitte jetzt die Karte erheben. Dann noch bitte die Enthaltungen. Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 26 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **zugestimmt**.

lit. e) *Die Kommission für Bau und Umwelt wird das Projekt der Planungsvorbereitungen zur Umsetzung der langfristigen Schulraumplanung als Begleitkommission eingesetzt. Der Gemeinderat berichtet je quartalsweise sowie auf Wunsch der Kommission.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Wer gegen den Antrag ist, bitte jetzt die Karte erheben. Der Vollständigkeit halber jetzt noch die Enthaltungen! Prima, Danke schön. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, das Abstimmungsergebnis nach vorn zu bringen. – So, je länger der Abend, umso schwieriger das Rechnen, aber wir haben es zusammenbekommen.

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und keiner Gegenstimme **zugestimmt**.

Wir fahren fort mit dem

Antrag Nr. 2 der **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, im Bericht noch unter A aufgeführt.

Ein Massnahmenkatalog zur Erreichung der finanziellen Tragbarkeit muss im Rahmen der Planungsvorbereitung definiert werden und mit der Zeitplanung des Gesamtprojektes integriert sein.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer ihn ablehnen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Und dann noch die Enthaltungen, bitte. Danke schön. Ich glaube, ich kann jetzt schon feststellen:

://:

Es war in diesem Fall **einstimmig**. Wir müssen es nicht noch genau auszählen

Antrag Nr. 3, auch von der **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, im Bericht noch unter C aufgeführt.

Die Kosten des Gesamtprojekts müssen finanziell tragbar sein. Eine Umsetzung wird als tragbar angesehen, wenn nach 30 Jahren die finanziellen Kennzahlen nicht schlechter eingestuft sind, als im Rechnungsjahr 2024.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte die Karte erheben. Wenn ich es richtig sehe,

://:

ist es ebenfalls **einstimmig**. Wir müssen es nicht separat auszählen.

Jetzt muss ich aufpassen, dass ich richtig zähle.

Antrag 4.

Die Motion von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 8. November 2023, betreffend 4 Primarschulstandorte für Allschwil, Geschäft 4693, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen kann, bitte die Karte erheben.

://:

Dies ist auch **einstimmig**. Insofern müssen wir es nicht auszählen.

Antrag 5. Das ist der Ex 3 **Antrag des Gemeinderats**

Die Motion von Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 8. November 2023, betreffend Variantenentscheid Schulraumplanung, Geschäft 4694, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen kann, bitte die Karte erheben. Das ist nicht einstimmig. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, auszuzählen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte die Karte jetzt erheben. Und dann noch die Enthaltungen, bitte. Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 30 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen **zugestimmt**.

Stephan Wolf, Präsident: Wir kommen zum Antrag 6. Hier liegen nun zwei verschiedene Anträge vor. Gemäss Geschäftsreglement erhält der **Antrag der Kommission** den Vorrang. Dieser lautet:

Antrag 6. Die Motion 4710, Finanzierung Viererstandort, wird nicht abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Karte erheben. Danke vielmals. Wer nicht zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Und dann noch die Enthaltungen bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, mir das Ergebnis vorzutragen.

://:

Sie haben diesen **Antrag** mit 33 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **gutgeheissen**.

Dies bedeutet – auch noch einmal zuhanden des Protokolls – dass die **Motion** von Urs Poživil, FDP-Fraktion, und Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 21. Dezember 2023, betreffend Bericht Finanzierbarkeit Viererstandortlösung Schulraumplanung (SRP), Geschäft 4710, **nicht als erledigt abgeschrieben** wird. Diese Motion bleibt also in diesem Sinn hängig.

Stephan Wolf, Präsident: Simon Trinkler, du wolltest noch etwas sagen, oder?

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich würde gerne einen Ordnungsantrag auf Rückkommen auf diese Abstimmung stellen. Und zwar habe ich das Gefühl, dass es missverständlich formuliert war, denn der Kommissionsantrag hätte eigentlich den Vorrang erhalten sollen. Und der Kommissionsantrag ist meiner Meinung nach der Antrag der KBU.

Stephan Wolf, Präsident: Ich habe dem Kommissionsantrag, und zwar jenem der FIREKO, den Vorrang gegeben. Wir haben nun halt die Besonderheit, dass wir zwei Kommissionsanträge, einen der FIREKO und einen der KBU, haben.

Ich nehme diesen Rückkommensantrag gerne entgegen. Er benötigt eine 2/3-Mehrheit. Wer dem **Rückkommensantrag** zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Ich glaube, auch ohne grosses Auszählen kann ich feststellen, dass die

://:

2/3-Mehrheit nicht erreicht ist. Es bleibt also beim vorhergehenden Abstimmungsergebnis.

Stephan Wolf, Präsident: Ich bin mir nicht sicher, ob ich dich übersehen habe, Corinne Probst? Ist gut, okay! Dann fahren wir weiter mit

Antrag 7. ehemals Antrag 5 des Gemeinderats.

Das Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 7. Dezember 2023, betreffend provisorischen Schulraum für die Primarschule Allschwil, Geschäft 4700, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen kann, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Dann noch die Enthaltungen, bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler wiederum bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorne zu bringen. Gut, das Abstimmungsergebnis liegt vor.

:::

Sie haben diesem **Antrag** mit 20 Ja-Stimmen, bei 17 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung **zugestimmt**.

Damit sind wir nun mit den Abstimmungen durch. Nun gibt es theoretisch noch die **Schlussabstimmung**. Diese kann natürlich nicht das Geschäft 4710 A und B betreffen, weil diese Motion noch hängig bleibt. Die anderen Geschäfte kann man aber meines Erachtens erledigen und darüber eine Schlussabstimmung durchführen. In diesem Sinn möchte ich euch fragen, ob das **Geschäft als Ganzes mit Ausnahme des Geschäfts 4710 A und B als erledigt** betrachtet werden kann, dann bitte jetzt die Hand, vielmehr die Karte, erheben.

:::

Das ist **einstimmig**, sodass wir keine Stimmen auszählen müssen.

Stephan Wolf, Präsident: Das nächste Traktandum hängt noch eng mit dieser Thematik zusammen. Deshalb würde ich es noch gerne drannehmen und danach abschliessen. – Mark Aellen, ich glaube, ich weiss, was kommt ... [*Gelächter*]

Mark Aellen, SP-Fraktion: Wie zu erwarten: **Ordnungsantrag auf Abbruch** der Sitzung.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, wie gesagt. Also ich von meiner Seite kann versprechen, nach diesem Traktandum würden wir definitiv aufhören. Ich nehme diesen Antrag selbstverständlich zur Abstimmung bringen. Wer dem Ordnungsantrag von Mark Aellen zustimmen möchte, bitte jetzt die Hand erheben.

:::

Ich glaube, das ist beinahe **einstimmig**, mit Ausnahme von meiner Stimme. [*lacht*]

Damit würde ich jetzt die heutige Sitzung beenden. Ich danke euch vielmals fürs Kommen und auch für die konstruktive Diskussion, die wir heute hatten. Wir sehen uns wieder an der April-Sitzung. Herzlichen Dank.

ENDE DER SITZUNG 21.50 Uhr